

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Telefon-Nr. 25 241.
Für den Nachdruck: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/42.
Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. 1. 26 bei täglich zweimaliger Zustellung von Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalte 30 mm br. je Zeile 30 A. L. ausm. 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Rabatt 10 A. außerh. 20 A. für 90 mm br. Reklamenseite 180 A. außerh. 200 A. Offertengebühr 10 A. Zusam. für 3 Tage 20 A. Vorausbezahlt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Ernst Rosenkranz, Dresden-A.
4 Nicolaistr. 4
Flügel- und Pianofortefabrik
1797 in Dresden gegründet / Ältesteächs. Pianofortefabrik / Seit 128 Jahren in Dresden / Weltberühmtes vorzüg. Qualitätsfabrikat

F. Hermann Beeg A-G. Dresden-A.
Gesundheitstechnische Einrichtungen
Zentralheizungen - Kupferschmiederei

Ein nichtsfagendes Regierungsprogramm.

Die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten.
Das Sperrgesetz für die Fürstenprozesse im Rechtsauschuß. — Die Finanzdebatte in der französischen Kammer.

Ziele und Aussichten des neuen Kabinetts

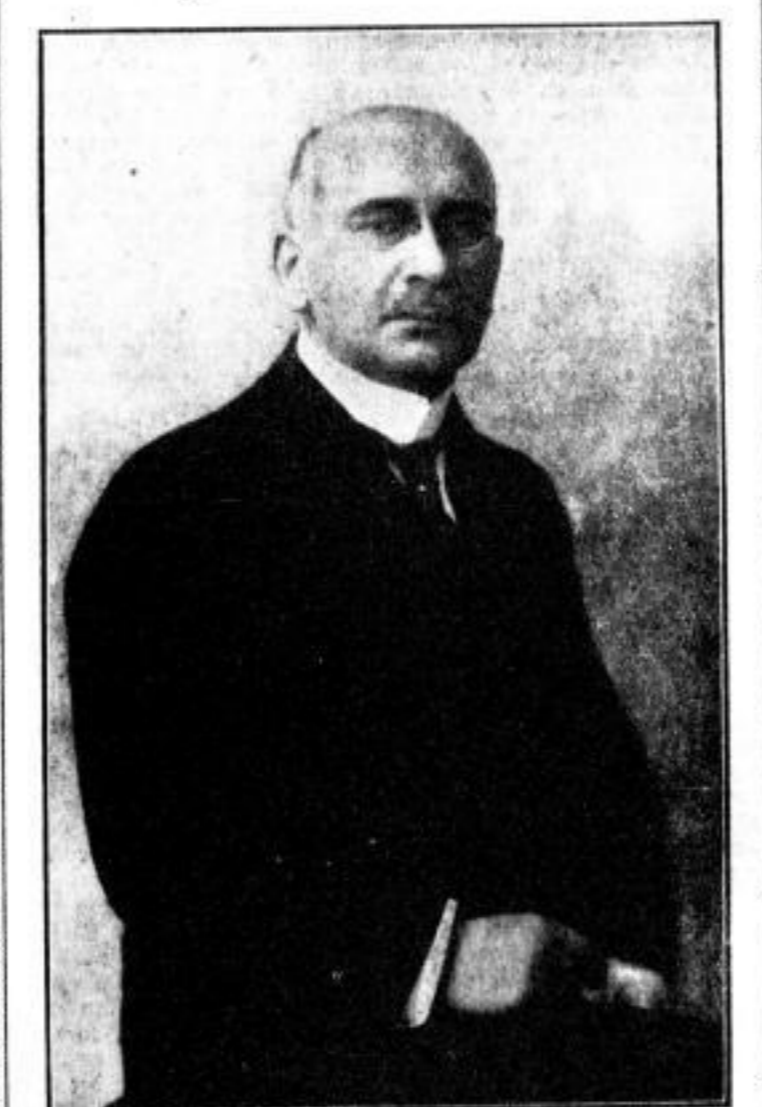
Es ist nicht leicht für einen leitenden Staatsmann, eine politische Programmrede zu halten, wenn er es angesichts so häufiger parlamentarischer Verhältnisse tun muß, wie sie jetzt bei uns herrschen. Es ist etwas wesentlich anderes, vor einem Reichstage zu sprechen, in dem der Regierungschef einen sicheren parlamentarischen Rückhalt besitzt, als einer Volksvertretung gegenüberzutreten, über der von vornherein die Konfliktluft liegt, so daß jeden Augenblick der aufgekaupte Zündstoff sich entladen und zu einer neuen Krise führen kann. Diese Stimmungsmäßigen Einschläge dürfen nicht übersehen werden, wenn man an die Regierungserklärung den kritischen Maßstab legt. Sie haben die unmittelbare Folge gehabt, daß der Reichskanzler gleich über den Anfang seiner Rede einen Schleiher von unverkennbarer Resignation ausbreitete, indem er dem Reichstage die verantwortliche Entscheidung darüber zuschob, ob er der Minderheitsregierung zur Erledigung der sachlichen Arbeiten die verfassungsmäßige Vertrauensgrundlage geben wolle. Aus diesen Worten spricht kein freudiges Vertrauen, das ja auch nach der gesamten Lage gar nicht vorhanden sein kann. Sie klingen kühl, sind von vornherein auf einen wenig zuverlässigen Ton gestimmt. Entsprechend dieser Einleitung ist denn auch der übrige Inhalt der Rede Dr. Luthers gestaltet, die wenigstens den einen Vorzug genießt, daß sie sich kürze als des Wiges Bürge zur Nichtsrechnung genommen hat. Das Ganze ist lediglich ein Katalog der einzelnen Aufgaben, welche die Reichsregierung auf außen- und innenpolitischem Gebiete verwirklichen will, wenn — sie dazu die nötige Zeit behält und ihr nicht der Parteien Günst und Doh vorzeitig ein Ende macht. Man wird der Empfindung nicht ledig, daß Dr. Luther unter dem Eindruck gesprochen habe, als wenn das Schicksal schon das Wahrtuch für diese Regierung bereithalte.

Bei den besonders knappen Ausführungen über die auswärtige Politik fällt stark der Mangel einer zielbewußten Entschiedenheit der Sprache auf. Mehr brauchte der Reichskanzler über dieses Gebiet zwar nicht zu sagen, als er getan hat, aber es wäre wesentlich eindrucksvoller nach innen und außen gewesen, wenn er hier keinen Zweifel darüber gelassen hätte, daß die mit dem Locarnogeleit auf Seiten des Verbundes gemachten üblen Erfahrungen in der Frage der Herabsetzung der Belastungshöhe für uns jede Möglichkeit ausschließen, einen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu stellen, solange ein für uns so wesentliches Kapitel nicht einen völlig befriedigenden Abschluß erhalten hat. Der Verdacht, daß sich in der allzu neutral gehaltenen Ausdrucksweise des Reichskanzlers in diesem Punkte die pazifistische Weltanschauung der neuen Regierung bereits in unheilbarer Weise betätigt habe, läßt sich nicht unterdrücken. Das mutet um so fataler an, als der Reichskanzler gleichzeitig einen Appell zur Mitarbeit an die Parteien außerhalb der Regierung richtete, die in staatsbelastender Gesinnung praktische Arbeit leisten wollten. Der Ruf nach den Deutschnationalen hinüber ist hier deutlich genug ausgesprochen. Um so mehr hätte man dann erwarten sollen, daß der Reichskanzler bekräftigt gewesen wäre, in den grundlegenden auswärtigen Fragen der Belastungshöhe und des Eintritts in den Völkerbund einen etwas markanteren Standpunkt einzunehmen. Auch die nicht minder bedeutende Abklärung der Räumungsfragen für die zweite und dritte besetzte Zone wäre wohl einer Erwähnung in dem Sinne wert gewesen, daß wir nicht gewillt sind, uns mit dem bis jetzt von Verbandsseite akklimatisierten darüber gebreiteten Schwelgen zu begnügen. Alles dies wird in der politischen Aussprache über die Regierungserklärung mit dem erforderlichen Nachdruck erörtert werden müssen.

Die Unterstützung der außerhalb der Regierung stehenden Parteien mit staatsbelastender Gesinnung ist auch bei der Durchführung der umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die das Regierungsprogramm aufzählt, nicht zu entbehren. Das gilt namentlich auch im bremsenden Sinne mit Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge die Regelung der Arbeitszeit und das Arbeitsgerichtsrecht. Wenn Dr. Stresemann Ende 1924 die Große Koalition zerbrach mit der unverkennlichen Begründung, daß er die damals bevorstehende große Steuer- und Zollgesetzgebung

nicht mit der radikalen Linken machen könne, so alt genau das gleiche auch von den jetzt in Aussicht stehenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Sie sind in einer mit dem Staatswohl verträglichen Form nur mit Hilfe der Rechten zu lösen, da ihre Durchführung nach radikalen Rezepten die Wirtschaftskrise, deren außerordentliche Ausmaße Dr. Luther so stark betont, vollends ins Unentzählbare steigern und das Chaos heraufbeschwören würde. Auch die Bank. Vv., die in der Regierung vertreten ist, würde dann sicher nicht mehr mitmachen. Die Bayern sind jetzt schon recht mißmutig und haben das Gefühl, daß sie in eine Gesellschaft geraten sind, in der von bairischen Sympathien nicht eben viel die Rede ist. Besonders erbost ist man in der bairischen Volkspartei

Sachsens neuer Finanzminister.



Ministerialdirektor a. D. Scheimer Rat Dr. Dehne.
Der Direktor der Sächsischen Bank zu Dresden, Ministerialdirektor Landtagsabgeordneter Dr. jur. Julius Dehne hat sich auf das Erreichen der demokratischen Landtagsfraktion hin entschlossen, eine Verhina als Nachfolger des zum Reichsfinanzminister ernannten Dr. Reinhold in das Amt des sächsischen Finanzministers anzunehmen. Die amtliche Ernennung dürfte in Kürze erfolgen.
Seine Wähler wissen bereits zu melden, daß Geheimrat Dr. Dehne zum sächsischen Finanzminister berufen sei und seinen Posten als Präsident der Sächsischen Bank niedergelegt habe, sich also nicht nur habe beurlauben lassen. Demgegenüber stellt der Telemunion-Zachendienst fest, daß bisher keine Berufung des Geheimrats Dr. Dehne zum Finanzminister, wenn diese auch als ganz sicher zu erwarten steht, erfolgt ist und daß Geheimrat Dr. Dehne bisher lediglich seiner Partei gegenüber sich zur Annahme der Berufung zum sächsischen Finanzminister bereit erklärt hat. Daß er bei Annahme dieser Berufung seine Stellung als Präsident der Sächsischen Bank niederlegen und jede private Verbindung in dieser Beziehung lösen muß, ist selbstverständlich.

über die Anrempelung eines führenden Zentrumblattes, das erklärt hat, die genannte Partei sei ein bloßes bairisches Landesgewächs und habe in Reichsangelegenheiten überhaupt nicht mitzureden. Auch die von dieser Seite drohenden Klippen werden für die neue Regierung und die Koalition im Parlament nicht leicht zu umschiffen sein.

In alledem kommt noch die starke Belastungsprobe, der das neue Kabinett durch die Tutmann-Affäre ausgesetzt worden ist. Das Schreiben des Reichswehrministers an den Untersuchungsanschuß wird in der Presse der Unten so ausgelegt, als ob Dr. Götler sich vor den Korvettenkapitän Canaris nur insoweit gestellt habe, als dieser persönlich angegriffen sei. Im übrigen habe aber Dr. Götler durch die Beurteilung jeder Parteinahme mittelbar Canaris einer unzulässigen Parteinahme begünstigt und es auch abgesehen, für das alte Meer und die alte Marine irgendwie einzutreten. Mit Befriedigung wird dann festgestellt, daß dies die vermeintliche Antwort auf die drohende Frage des „Vorwärts“ bilde, ob die Regierung Luther-Küls-Reinhold-Götler die geradlinige Fortführung der Regierung Michaelis-Kopelle sei. Die Linke glaubt also der neuen Regierung schon von allem Anfang an einen Rückzug vor einer sozialistischen Anpassung unterstellen zu können. Das ist nicht gerade ein ermutigender Beginn. Immerhin, man wird abwarten müssen, was das Kabinett praktisch zuwege bringt, ob der so eigenartig zusammengesetzte Mechanismus sich wirklich in einem Sinne zu betätigen vermag, der dem Wunsch des Reichskanzlers entspricht, die Geschäfte des Reiches sachlich und zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes zu führen. Man kann lange es ja nicht dauern, bis darüber Klarheit verbreitet ist. Es wird dabei wesentlich darauf ankommen, ob Dr. Luther mit dem Gewicht seiner Persönlichkeit sich gegenüber den nach links gravitierenden Kräften in seinem Kabinett genügend durchzusetzen vermag oder ob diese das entscheidende Uebergewicht erhalten, so daß eine besonnene Wiederbaupolitik nicht möglich ist. Ein besonderer Unstern hat es gewollt, daß unmittelbar nach der Kanzlerrede die Regierung in einer Geschäftsordnungssache, die sich auf die von Dr. Luther gewünschte Zurückziehung des deutschnationalen Antrages über die Voraussetzungen des Eintritts in den Völkerbund bezog, eine Niederlage erlitt, da auch die Sozialdemokraten gegen das Kabinett stimmten. Diese an sich nicht bedeutende Episode muß im Zusammenhang der Dinge als symptomatisch bewertet werden.

Die Rede Dr. Luthers.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 26. Jan. Vor vollendetem Hause und dichtgedrängten Tribünen gab heute der Reichskanzler Dr. Luther das Programm des neuen Reichskabinetts bekannt. Am Regierungstische hatte das neue Kabinett sich vollständig eingefunden. Neben dem Außenminister Dr. Stresemann saßen der Innenminister Dr. Müller und der Finanzminister Dr. Reinhold, worauf Reichswehrminister Dr. Götler, Arbeitsminister Braun, Wirtschaftsminister Dr. Curtius, Verkehrsminister Dr. Rohne, Postminister Dr. Sinaal, Ernährungsminister Dr. Haslunde und Justizminister Dr. Marx folgten.

Reichskanzler Dr. Luther

führte aus:
Die jetzt dem Reichstage vorgelegte Reichsregierung ist gemäß einem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten gebildet worden, nachdem die Deutschnationale Volkspartei aus der bisherigen Regierung ausgeschieden war und die Verträge zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition misslungen waren. Um trotzdem eine parlamentarisch gestützte Reichsregierung zustande zu bringen, haben sich die Fraktionen des Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei zu einer Koalitionsregierung der Mitte zusammengeschlossen.

Es wird Sache des Reichstags sein, verantwortlich darüber zu entscheiden, ob er der Annahme der sachlichen Arbeit durch diese Minderheitsregierung die Vertrauensgrundlage geben will. Schon am 19. Januar des vorigen Jahres, als ich dem Reichstage eine Wehrheitsregierung vorstellten durfte, habe ich um die Mithilfe auch der außerhalb der Regierung stehenden Parteien nachgelacht, die in staatsbelastender Gesinnung praktische Arbeit leisten wollten. Die Regierung, die ich heute dem Reichs-

Glügel, r. Mitte, rhr. 26, 1
Dann
app gerat.
Staublert,
reng reat.
Beit unte
obenpreis.
undung
-Gorbül,
g. 3.
Hutleben
aktionens
minister
Waggers
Dresden,
Hörsing
Seiler

lag voranstehen berufen bin, ist als Winderheitsregierung auf die Mühsale nicht zur Regierung gehöriger Parteien grundtätig angewiesen. Sie erteilt diese Mühsale, damit sie in einer schwierigen außenpolitischen Lage und einer Wirtschaftskrise von größtem Ausmaße die Geschäfte des Reiches sachgemäß und zum Nutzen des Volkes führen kann.

Außenpolitik

In der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hat, durch den am 1. November 1925 in London abgeschlossenen Vertrag von Locarno und durch die allgemeinen Richtlinien, die ich in meiner Reichstagsrede vom 23. November 1925 ausgesprochen habe, bestimmt.

Die wichtigste Entscheidung der Reichsregierung wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Die jetzt zurückgetretene ausschlaggebende Reichsregierung hat gemäß der Entscheidung des Reichstags vom 27. Nov. 1925 unablässig an der weiteren Auswirkung der Abmachungen von Locarno gearbeitet, insbesondere zum Nutzen des besetzten Gebietes. Ich nehme an, daß die bevorstehende Beratung des Haushaltsplans des Auswärtigen Amtes zu einmündiger Aussprache hierüber und über die Außenpolitik überhaupt Gelegenheit geben wird. Es erscheint der Reichsregierung empfehlenswert, hierbei alle Einzelfragen der Außenpolitik im Reichstagsrat zu erörtern und dabei die vorliegenden Anträge, Interpellationen und Anfragen einzubringen. Weiteres möchte ich nur auf eine Frage hinweisen, die zentral im Mittelpunkt der Erörterung steht:

das ist die Frage der Befähigungsstärke in der 2. und 3. Zone.

Hierüber hat die dem Reichstag bekannte Note der Vorkonferenz vom 11. Nov. 1925 vorzulesen, daß eine fühlbare Ermäßigung der Truppenstärke eintreten soll, und zwar so, daß die künftige Befähigungsstärke sich der normalen Differenz nähert.

Der Bedarf der normalen Differenz kann nicht anders aufgebracht werden als gleichbedeutend mit dem Bedarf der deutschen Friedenspräsenzstärke in den in Betracht kommenden Gebieten.

Wie feinerachtet in der amtlichen deutschen Veröffentlichung ohne Widerspruch der in der Vorkonferenz vertretenen Mächte hervorgehoben worden ist. Dem entsprechen die Schritte der deutschen Regierung in dieser Frage. Die Verhandlungen hierüber mit den beteiligten fremden Regierungen sind in lebhaftem Gange. Die Reichsregierung ist sich der Ermartung hin, daß sie, ebenso wie dies in einer Reihe bereits erledigter Fragen geschehen ist, zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen.

Innenpolitik

betrifft, so verweise ich wegen der grundsätzlichen Stellungnahme der Reichsregierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf die Erklärung, die ich am 19. Januar 1925 in diesem Hause abgegeben habe. Auf diese Erklärung berufe ich mich auch wegen der grundsätzlichen Regierungseinstellung zum Beamtenrecht und Beamtenrecht und zu den Fragen unserer auf christlicher Grundlage beruhenden Kultur. Auf dem Gebiete der

Schulpolitik

wird die Reichsregierung die Lösung anstreben unter Wahrung der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und unter Berücksichtigung der Elternrechte.

Die Reichsregierung denkt, eine Verbesserung unserer Wahlgesetzgebung enthält in Anknüpfung an zu nehmen.

Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit früher regierenden kaiserlichen Familien bedarf einer möglichst baldigen reichsgerichtlichen Regelung, wobei die Reichsregierung dem deutschen Volke die Umrüstung eines Volksentscheides ersiparen möchte.

Die gesamte Regierungs- und Verwaltungstätigkeit, ganz gleichgültig, ob es sich im weiteren Verlauf der allgemeinen Reformarbeiten um große gesetzgeberische oder sonstige Pläne oder um die laufenden Arbeiten handelt,

muss von dem Grundsatze beherrscht sein, daß die öffentlichen Ausgaben auf ein Mindestmaß herabzusetzen sind.

Der feste Wille zu solcher grundsätzlichen Sparhaftigkeit, der seine Wurzel im härtesten vaterländischen Verantwortlichkeitsgefühl findet, muß sich, wenn wir einen Ausweg aus der Bedrängnis der Gegenwart finden wollen, nicht nur in der Verwaltung des Reiches, sondern in gleicher Stärke auch bei den Ländern und Gemeinden auswirken. Die Lage ist gekennzeichnet durch eine

Wirtschaftskrise von außerordentlichem Ausmaß, ihre Überwindung ist dringende Aufgabe der Gegenwart. Es bedarf dazu der Ausbuchtung aller geistigen und sittlichen Kräfte, der ganzen Arbeitsamkeit und Sparhaftigkeit unseres Volkes.

Die Regierung ihrerseits wird mit allem Ernst und allem Nachdruck auf finanzielle, wirtschaftliche und nicht zuletzt sozialpolitischen Gebiete alles tun müssen, was möglich ist, um die Erhaltung der Wirtschaft zu fördern und die Not breiterer Volkskreise zu lindern.

Alle Bemühungen um Verminderung der öffentlichen Ausgaben sind auch bei größter Einschränkung der Ausgaben ihre Beantwortung in den durch die Verarmung unserer Wirtschaft geschaffenen Tatsachen und in den Verhältnissen, die wir infolge unserer politischen Gesamtlage auf uns nehmen müssen. Gerade aber deshalb ist die Erhebung jedes Uebermaßes an Steuern sozialpolitisch zu vermeiden und sind Härten nach aller Möglichkeit auszuweichen, damit die gesamte Belastung wirtschaftlich tragbar und sozial gerecht ist.

Um auch in diesem Zusammenhang die eigene Verantwortung der Länder und Gemeinden zu stärken,

soll für die Einkommenssteuer am 1. April 1927 die Ueberweisung durch Zuschläge abgeschlossen werden.

Tabel ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Auge zu behalten, daß die einzelnen steuerlichen Leistungen in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Das ungedeckte Ausgaben nicht geleistet werden dürfen und **keinerlei Sinnesleistungen in inflatorische Maßnahmen in Frage kommen kann,**

ist selbstverständlich.

Die Vereinfachung von öffentlichen Geldern für die Belegung der Wirtschaft ist naturgemäß sehr eng beengend und darf grundsätzlich den Rahmen einer produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht überschreiten. Die Reichsregierung möchte mit Vereinfachung die bäuerliche und Arbeiterbedürfnisse in den volksarmen Teilen des Reiches fördern. Die allgemeinen Zielungspläne sollen hierdurch nicht berührt werden.

Für die Förderung des Wohnungsbaues sind der Reichsregierung Beratungen, die mit Vertretern der Landesregierungen kürzlich im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, wertvoll. Ramentlich müssen Wege gefunden werden, der nicht abzulassenden Ueberforderung des Bauens zu begegnen. Die Reichsregierung hofft, von den Landesregierungen bei der Verwendung der Hauszinssteuer in diesen Beziehungen Unterstützung zu werden, und bemüht sich ihrerseits besonders um die Erleichterung erschwelter langfristiger Hypothekendarlehen. Ueberhaupt wird die Reichsregierung mit aller Energie auf eine Besserung der Kreditlage der Wirtschaft hinarbeiten.

Unsere Wirtschaft braucht billigeren und langfristigen Kredit.

Die Reichsregierung denkt dabei auch an die Landwirtschaft, deren Notlage sie mit großer Sorge verfolgt. Durch die bereits in der Durchführung begriffene Kreditaktion der Goldkreditbank wird der Landwirtschaft über die Rentenbank-

treibtonhalt ein beträchtliches Zinsgutschrift alsbald zugeführt werden.

Die Regierung ist sich darüber klar, daß mit den Krediten allein nicht geholfen werden kann, wenn nicht gleichzeitig auch mit anderen Mitteln die Landwirtschaft ertragsfähiger gemacht wird. Maßnahmen zur Steigerung der allgemeinen Not der Landwirtschaft sind in Vorbereitung und sollen in Verbindung mit den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen betrieben werden. Wenn es auch hier, genau wie in anderen Wirtschaftskreisen, ein Mittel nicht gibt, so ist die Reichsregierung doch davon durchdrungen, daß die Erhaltung und soweit trend mäßig.

Steigerung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Neben der wertvollen Stärkung des inneren Marktes tritt mit gleicher Bedeutung das Erwerbsergebnis der Steigerung der Ausfuhr. Die gesamten Handelsvertragsverhandlungen, die ohne Unterbrechung fortzuführen sind, müssen mit dem Ziel geführt werden, zur Beförderung des allgemeinen Wirtschaftslebens die Wiederherstellung eines lebhaften Warenaustausches in der Welt zu ermöglichen. Hierbei muß in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die leider noch teilweise bestehende Schlechterstellung deutscher Waren im Vergleich mit den Waren anderer Länder auf ausländischen Märkten beseitigt wird.

Anschließend der hohen Rolle, die im Auslande vielfach gelten, müssen die deutschen Völkler bei den Verhandlungen dazu verwendet werden, unter Wahrung der deutschen Lebensnotwendigkeiten den Gesamtstand der europäischen Völkler möglichst herabzusetzen. Auch außerhalb der Handelsverträge wird die Reichsregierung jede ernsthafte Absicht einer Annäherung der einzelstaatlichen Wirtschaften durch allgemeine amtshandeltliche Abmachungen zu verwirklichen, mit aller Kraft fördern. Die Reichsregierung ist weiter bereit zu prüfen, ob und wie in Fortsetzung schon ergriffener Maßnahmen die deutsche Ausfuhr auf neuartigem Wege erleichtert werden kann. Die besonderen Verhältnisse, die sich aus außergewöhnlicher Entwicklung der Wirtschaftslage in anderen Ländern ergeben haben, und für einzelne deutsche Wirtschaftszweige, so besonders für Rohle und Eisen, sehr fühlbar geworden sind, erfordern die besondere Aufmerksamkeit der Reichsregierung.

Soweit die schwere Wirtschaftskrise, die wir durchlaufen, eine allgemeine Krise ist, müssen die Kommunen beteiligt werden, die der Selbsthaltung durch die wirtschaftlichen Einträufe noch entgegensteht.

Tabei denkt die Reichsregierung nicht etwa an ein überspanntes Eingreifen der Behörden.

Sie ist aber davon überzeugt, daß die schon vor längerer Zeit wirksam eingeleitete Freiheitsaktion mit Nachdruck fortgesetzt werden muß, um die Wirtschaft von übermäßigen Preisbelastungen zu befreien.

Besonders wichtig ist die alsbaldige Verabschiedung eines Gesetzes über die Vereinfachung der Geschäftsaufsicht. Die Reichsregierung erachtet in der Durchführung von Maßnahmen, die die Gesamtwirtschaft von allen Ursachen der Ueberforderung befreien, eine unerläßliche Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands. Sie ist sich bewußt, daß der Erfolg ihrer verwaltungsmäßigen und gesetzgeberischen Maßnahmen in vielen Punkten sehr wesentlich von der freiwilligen Mitarbeit der Erwerbstätigen abhängt.

In Erfüllung einer besonderen Aufgabe der Sozialpolitik wird die Reichsregierung ein Arbeiterbeschäftigungsgesetz erbringen, das die Bestimmungen über Arbeitszeit einheitlich ankommen und die Arbeitszeit neu regeln wird. Die Reichsregierung hält die von den früheren Regierungen wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens abgegebenen Erklärungen aufrecht. Das Inkrafttreten einer internationalen Arbeitszeit in Deutschland muß von dem gleichzeitigen Inkrafttreten in England, Frankreich und Belgien abhängen. Auch das einheitliche Arbeiterrecht bedarf der tatkräftigen Förderung durch die Reichsregierung, die zu diesem Zwecke das zurzeit dem Reichstag vorliegende Arbeitsgerichtsgesetz weiter verfolgen wird.

Die gesetzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge ist angesichts der großen Zahl der Erwerbslosen mit Beschleunigung zu betreiben. Vor wenigen Wochen sind die Bedingungen für die Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen für die Notstandsarbeiten an die Kommunen und an deren Verbände wesentlich erleichtert worden. Auch ist der Anteil des Reiches und der Länder an den Kosten dieser Arbeit erhöht worden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Kurzarbeiterfrage als dringender Frage des Tages zuwenden und feststellen, ob eine Vindung der Not der Kurzarbeiter möglich ist, unter gleichzeitiger Ausschaltung der wirtschaftlichen Nachteile, die von der Kurzarbeiterunterstützung befristet werden.

Damit habe ich, schloß der Reichskanzler seine Ausführungen, in großen Zügen, ohne auf Einzelheiten einzugehen und ohne irgendwie erschöpfend zu sein, die Aufgaben umrissen, vor die das neue Kabinett gestellt ist und die es im Vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags und des gesamten Volkes zu lösen sich betreiben wird. Das Gebot der Stunde ist, mit dem klaren Ziele der Wiederaufklärung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes nach innen und außen praktische Maßnahmen in sachlicher Arbeit zu ergreifen. Lassen Sie uns an die gemeinsame Arbeit im Dienste des Vaterlandes gehen, um die großen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Je entschlossener und geschlossener alle Teile des Volkes diese Arbeit unterstützen, desto eher wird Deutschland die Stellung in der Welt wieder erreichen, die der Größe und Tüchtigkeit seines Volkes gebührt.

Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte und das Risiko der kommunistischen und völkischen Abgeordneten sowie der Weisheit der Regierungsparteien sein Ende gefunden hatte, beantragte der deutschnationale Abg. Schulz, Bromberg, daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Vorschläge für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund umschließt, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde. Der Antrag wurde angenommen.

Abg. v. Graefe (D.völk.) erklärte darauf, daß bei der dringenden Inhaftlosigkeit und Programmlosigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers nicht einzusehen sei, was die Fraktionen vor der Besprechung der Regierungserklärung noch untereinander verhandeln sollten. Wenn die Fraktionen gegen diese Kanzlerklärung ebenfalls sagen wollten, wie der Kanzler selbst überhaupt gesagt habe, dann brauche gar nichts gesagt zu werden. Der Redner beantragte, daß die Besprechung der Kanzlerklärung sofort vorzunehmen würde. Dieser Antrag wurde jedoch gegen völkische und kommunistische Abgeordnete, und gemäß dem Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch nachmittag um 1 Uhr beginnen zu lassen. Präsident Lobe schloß dann die Sitzung.

Die schwankende Stellung der neuen Regierung.

In einer Geschäftsordnungsdebatte bereits in der Minderheit. Berlin, 26. Januar. Die kurze programmatische Erklärung, die heute der Reichskanzler vor dem Reichstag abgab, war ursprünglich von den Parteien als eine rein formale Angelegenheit angesehen worden, da man schon vorher wußte, daß der Reichskanzler sich mit sehr allgemeinen Bemerkungen begnügen würde. Man glaubte infolgedessen auch, daß die Entscheidung der Fraktionen über die Stellungnahme bei der Einbringung einer Billigkeitsformel relativ leicht sein würde und daß sich insbesondere die Sozialdemokraten zunächst für eine Stimmenthaltung entscheiden würden, um damit das Kabinett durchzuführen. Die Regierung hatte vorher die Frage einer Billigkeitsformel mit der hinter ihr stehenden Minderheitspartei noch nicht erörtert. Sie

hatte wohl die Absicht, es eventuell nur auf die Ablehnung eines Mißtrauensvotums ankommen zu lassen.

Durch die Rede des Reichskanzlers ist die Situation nun etwas verschoben worden. Der Reichskanzler hat in seiner Rede gebeten, alle Anträge, einschließlich des deutschnationalen Antrags über die Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund, zurückzustellen. Außerdem lehte er im innerpolitischen Teil mit sehr deutlichen Worten den Volksentscheid über die Führerschaft ab. Das erste hat nun auf die Deutschnationalen, das letztere wiederum auf die Sozialdemokraten vernehmlich eingewirkt. Daran erklärt sich auch die Tatsache, daß die erste Sitzung der Kanzlerrede eine

Geschäftsordnungsdebatte war, in der die Deutschnationalen die Beratung ihres Antrages trotz des Widerpruches des Reichskanzlers verlangten. Zur allgemeinen Ueberzeugung lehten sich für diesen Antrag auch die Sozialdemokraten ein, so daß die Regierung in der ersten Abstimmung nach der Kanzlerrede in der Minderheit blieb.

Natürlich ist damit, daß die Regierung in einer Geschäftsordnungsdebatte eine Schlappe erlitt, durchaus nicht gesagt, daß sie nun auch in der Abstimmung über den Inhalt der Regierungserklärung eine Niederlage erleiden würde.

Während in kurzen Sitzungen der Regierungsparteien Einigung über die gemeinsame Erklärung bei der Aussprache über das Programm der neuen Regierung erzielt wurde, beschäftigte sich die deutschnationale Reichstagsfraktion in einer fünfstündigen Sitzung mit der Lage, die durch die Regierungserklärung geschaffen worden ist.

In der Fraktion lehte sich schließlich die Anshanna durch, daß ein Wandel in der bisherigen Außenpolitik ohne Eingehen auf die unlängst veröffentlichten deutschnationalen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund auch vom neuen Reichskabinett nicht zu erwarten sei. Angesichts dieses Umstandes und des weiteren, daß auch innenpolitisch nach der Regierungserklärung durchgreifende Maßnahmen nicht zu erwarten seien, daß sie bei der überaus starken Vorkensignung, wie sie die Zusammenfassung des neuen Kabinetts darstelle, auch gar nicht erwartet werden könnten, bleibe der deutschnationalen Reichstagsfraktion nichts weiter übrig, als dieses Kabinett von Anfang an abzulehnen.

Die Fraktion beschloß daher, am Mittwoch im Reichstage ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung einzubringen.

Die parlamentarische Lage hat damit eine vollständige Klärung erfahren. Man weiß jetzt, wie stark die Gegner des neuen Kabinetts sind und wie stark die Zahl der Stimmen ist, auf die sich das Kabinett Luther zu stützen vermag. Es kommt jetzt auf die Haltung der Sozialdemokraten an. Wie man hört, hat Reichskanzler Dr. Luther bereits Führer zu den Sozialdemokraten ausgesprochen, um die sozialdemokratische Fraktion nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß der Bestand des neuen Kabinetts gefährdet sein würde, wenn auch die sozialdemokratische Fraktion zu ablehnender Haltung gegenüber dem Kabinett gelangen sollte. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, ganz bestimmt damit rechnen zu können, daß die sozialdemokratische Fraktion Stimmenthaltung üben und auf diese Weise dem neuen Kabinett Luther über die erste parlamentarische Klippe hinweghelfen wird.

Mißtrauensvoten der Völkischen und der Kommunisten

eingetragen. Das völkische hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“ Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: „Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“ — Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: „Die Regierung Luther—Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages.“

Berlin, 26. Januar. Von parlamentarischer Seite wird uns das Gerücht mitgeteilt, daß heute zwischen dem Zentrumsgesandten Lehrenbach und dem Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion Hermann Müller (Franken) eine strenge vertrauliche Unterredung stattgefunden hätte, die sich, darauf bezogen habe, ob es möglich sei, daß sich die sozialdemokratische Fraktion bei der Abstimmung über die Mißtrauensvoten und über die Billigungsformel für das neue Kabinett Luther nicht nur der Stimme enthalten, sondern für positive Unterstützung entscheiden werde. Lehrenbach hätte darauf hingewiesen, daß angesichts der Stimmenzahl der Opposition der Fall eintreten könnte, daß die Koalitionsparteien in der Minderheit blieben. Um nun das nach wochenlangen Bemühungen ausstehende Kabinett nicht schon am Anbeginn wieder unzulänglich, wäre es doch angebracht, wenn auch die sozialdemokratische Fraktion es unterließe, um so mehr, da doch Reichskanzler Dr. Luther heute in seiner kurzen programmatischen Erklärung ein ziemlich großes Eingehen auf die Wünsche der Sozialdemokratischen Partei angedeutet habe. Der Abg. Müller (Franken) soll erklärt haben, diesen Wunsch der am Mittwoch stattfindenden Fraktionsberatung der Sozialdemokraten vorzubringen.

Heute abend ließ sich schwer feststellen, ob dieses Gerücht zutreffend ist oder nicht. Jedenfalls aber ist schon sein Aufkommen sehr bezeichnend für die Schwierigkeiten, mit denen das neue Kabinett Luther zu ringen hat.

1762305 Erwerbslose!

Berlin, 26. Januar. Vom 1. bis 15. d. M. ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 1 497 516 auf 1 762 305 angewachsen. Die Steigerung beträgt 17,7 v. H. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger erhöhte sich von 1 395 949 auf 1 530 706, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 101 573 auf 211 599, die Zahl der Zuschlagsempfänger (niederunterstützungsberechtigten Angehörigen) von 1 821 500 auf 2 092 858. Die Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Dezemberhälfte betrug rund 405 000 oder 40 v. H. (M.Z.)

Abendessen beim Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Jan. Beim Reichspräsidenten fand heute zu Ehren des diplomatischen Korps ein Abendessen statt, an dem u. a. die hier anwesenden fremden Missionseheleute, der Reichskanzler, der Reichstagspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen mit ihren Damen teilnahmen.

v. Trotha und der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 26. Jan. Der vierte Untersuchungsausschuß des Untersuchungsausschusses für die Kriegsfragen beschloß an einem Schreiben des Abg. Hennig (Völk.) an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses: „Nach Einsicht in die stenographische Niederschrift über die Verhandlungen in der Sitzung vom 23. Januar stellt der Untersuchungsausschuß fest, daß für den Vorsitzenden keine Veranlassung vorlag, den in dem Schreiben des Abg. Hennig erwähnten Ausschussmitgliedern eine Mitteilung zu erteilen.“ Ferner beschloß der Untersuchungsausschuß, den Abg. v. Trotha zu den weiteren Verhandlungen über die Marineunterstützung aus dem Untersuchungsausschuß heranzuziehen. Endlich wurde dem Abg. Nos (Z.) der Antrag erteilt, das bisher vorliegende Material und das noch eingehende Material durchzuarbeiten, um zu erklären, welche weiteren Vernehmungen etwa noch in Betracht kommen.

Neuaufwärmung des Nichtabrüstungschwinds.

Die „B. Z.“ macht in Putschgerüchten.

Borwände für neue Druckmaßnahmen?

Paris, 26. Januar. Der Berichtshatter der Agentur **Havas** in London beschäftigt sich mit dem Bericht des Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, **General Walsh**, an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission in Versailles hinsichtlich der schwebenden Entwaffnungsfragen, über die im Monat November 1925 in der Vorkonferenz verhandelt wurde. Er bespricht die feinerzeit aufgestellten vier Listen und stellt fest, daß die in den beiden ersten Listen enthaltenen Verpflichtungen erfüllt sind, während die Erfüllung der in der Liste 3 enthaltenen Verpflichtungen viel zu wünschen übrig lasse und die erledigten Fortschritte nicht genügen, um zu dem Urteil zu kommen, daß Deutschland kein Versprechen für den 15. November 1925 gehalten hat. (1) Bezüglich der Liste 4 seien sich die alliierten Kontrollorgane darüber einig, daß die von Deutschland erwarteten Vorkehrungen so verzögert worden seien, daß man den Grad der Erfüllung der Klausel, die im November v. J. den Gegenstand einer besonderen Erörterung gebildet hätten, für den Augenblick gleich Null betrachten könnte.

Die Liste 4 umfaßt bekanntlich die Organisation der Polizei, die Stellung des Oberkommandos, das Verbot des Gebrauches gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsberg und die militärischen Vereinigungen.

Anmerkung des B. I. V.: Der vom Londoner Berichtshatter der Agentur **Havas** veröffentlichte Bericht über den Stand der Entwaffnungsfragen, der sich an einen angeblichen Bericht des **Generals Walsh** anlehnt, ist in dieser Form nicht zu verstehen. Die Durchführung der im Herbst v. J. zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Vorkonferenz getroffenen Abmachungen ist vielmehr in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung so energig gefördert worden, daß die Regelung des größten Teiles aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiete der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November v. J. zugefügten Entengensommens (1) eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei um großen Teile nicht um die materielle Befristung, sondern lediglich um Erörterungen über normale Fragen handelt.

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst vorigen Jahres getroffenen Abmachungen sind von den Regierungen der Länder gebilligt worden. Diese sind unverzüglich daran gegangen, die für den Ausbau der neuen Organisation erforderlich werdenden umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Wenn trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verzögerung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen der Vorkonferenz über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichterfüllung der Polizeistärken des besetzten Gebietes in die Zahl von 150.000 Mann bereits in der Note von Boulogne vorgesehen ist. Die Behauptung, daß die deutsche Regierung an den Grenzen eine unverhältnismäßig starke polizeiliche Besatzung durchführen wolle, ist völlig unbegründet. Die Verteilung der Polizei erfolgt lediglich nach polizeilichen Gesichtspunkten, d. h., sie wird bestimmt durch Bevölkerungsdichte, Verteilung der Industrie und ähnliche Gesichtspunkte.

Uebrigens ist über die Zahl der Polizeibeamten im besetzten Gebiet ein sicheres grundsätzliche Einigung mit der Vorkonferenz bereits erzielt. Zur Erörterung steht lediglich die Frage der Einrechnung in die Gesamtstärke von 150.000 Köpfen. Nach Klärung dieser Frage wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei be-

treffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß kommen kann. (B. Z.)

Eine überflüssige Navasergänzung.

Paris, 26. Januar. Eine ergänzende Londoner Navasmeldung besagt zum Stand der deutschen Abrüstung, daß die Interalliierte Kontrollkommission insbesondere mit der Entwaffnung der Polizeibehörde und der Regelung des Oberkommandos nicht zufrieden sei. Dagegen erklärt sich die Kommission von den Fortschritten befriedigt, die in den Fragen drei und vier bezüglich des Verboies bestimmter Ausbildungswaffen und der Zerstörung der Königsberger Artillerie erzielt wurden. Was die Ausbildungswaffen anlangt, so habe die deutsche Regierung Vorschriften erlassen, die zur Annahme berechtigen, daß die geforderten Reformen praktisch durchgeführt worden seien. Hinsichtlich der Umwandlung der 27 Zeilungsgeschosse seien ebenfalls sehr gute Fortschritte gemacht worden. Es scheint, so heißt es weiter in der Navasnote, daß zwischen England und Frankreich in der Frage der Polizeibehörde Einvernehmen besteht. Wenn die Alliierten zur Erleichterung einer allgemeinen Regelung auch Zugeständnisse in einigen Punkten machen, so würden sie jedoch in den maßgebenden Fragen nicht nachgeben.

Die neuerliche Navasmitteilung dürfte durch die halbamtliche deutsche Erklärung zu dieser Frage bereits beantwortet sein.

Der Locarno-Pessimismus am Rhein.

Eine Rede des Oberpräsidenten Dr. Fuchs.
(Durch Funkgespräch.)

Düsseldorf, 26. Januar. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, **Dr. Fuchs**, eröffnete heute den 70. Rheinischen Provinzialtag mit einer Rede, in der er u. a. ausführte: Man darf wohl annehmen, daß durch die Verhandlungen von Locarno die Entscheidung über die Räumung der ersten Zone mindestens günstig beeinflusst wurde. Es soll ferner nicht verkannt werden, daß seit Locarno eine gewisse Entspannung und „mancherorts“ eine Besserung der Verhältnisse eingetreten ist. Es bleibt aber noch viel zu wünschen übrig. Insbesondere ist die Bevölkerung der besetzten Gebiete zweiten und dritten Zone tief verstimmt über die Stärke der ihr auch weiterhin auferlegten Besatzung. Dies muß auf die Dauer den Geist der Bevölkerung gefährden. Obwohl es nachgerade schwer wird, wollen wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es auf Grund der eingeleiteten diplomatischen Schritte gelingen wird, eine befriedigende Lösung dieser und noch anderer uns stark bewegenden Fragen herbeizuführen.

Der Oberpräsident gedachte sodann der durch das Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse eingetretenen Notlage großer Teile der rheinischen Bevölkerung und ging näher auf die erforderlichen Hilfsmaßnahmen für die Notleidenden und die Abwehrmaßnahmen gegen neue Katastrophen ein.

Zum 1. Vorsitzenden wurde **Oberbürgermeister Dr. Jarres**, Duisburg (Arbeitsgemeinschaft), gewählt.

Chamberlains Besprechungen.

London, 26. Januar. In den Besprechungen, die Chamberlain in den nächsten Tagen mit Briand haben wird, werden voraussichtlich folgende Fragen zur Erörterung kommen: Die Entwaffnung Deutschlands, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, die Befestigung des Rheinlandes und das Datum des Zutritts der vorbereitenden Konferenz für die Entwaffnung.

Die Räumung der Kölner Zone.

Koblenz, 26. Jan. Entgegen anderslautenden Meldungen teilt das Reichskommissariat in Koblenz mit, daß die Räumung der sogenannten Kölner Zone sich keinesfalls bis zum März, auch nicht bis zum 20. Februar hinziehen wird. Nach Mitteilung von zuständiger Stelle ist nicht nur die militärische Räumung, sondern auch die rechtliche Freigabe der Kölner Zone voraussichtlich schon in den ersten Februartagen zu erwarten. Der genaue Zeitpunkt wird von der Vorkonferenz festgelegt werden.

Berlin, 26. Jan. Die „B. Z.“ setzt ihren Feiern antilich der Anwesenheit des früheren Reichsarzführers Oberleutnant **Hofbach** in Berlin Putschgerüchten vor. Schon Anfang Januar sei in Berliner Reichskreisen von einem bevorstehenden Putsch geredet worden. Es sei damals vor dem 10. Januar ein „Lagebefehl“ an die nationalen Verbände ergangen, der aber zwei Tage später widerrufen worden sei. Dieser Tagesbefehl sei vor drei Tagen auf neue ausgearbeitet worden. Es werde **Marckbreitling** für den 27. Januar, den Geburtstag des Kaisers, befohlen. Der Befehl solle eine halbe Meile Besetzung der Stadt von Charlottenburg bis nach dem Osten vorsehen, ebenso die Befestigung einiger bestimmt bezeichneter Schupoanlagen, deren „unzuverlässige“ Mannschaften entwaftet werden sollten, worauf die Verbandsmitglieder in Schupouniform Dienst tun sollten. Mündlich werde in den Kreisen der nationalen Verbände noch erzählt, daß Unternehmen sei völlig gesichert. Zuverlässige Reichswehr sei zur Unterstützung bei Berlin zusammengezogen und bereit.

Der Berliner Polizei sind derartige Gerüchte schon seit langem bekannt. Sie ist den Gerüchten nachgegangen, hat aber keinen Anhalt für deren Richtigkeit gefunden. Man werde bei diesen Gerüchten in Rechnung zu stellen haben, daß die **Kommission** am Mittwoch eine große Demonstration planen. Offenbar seien die Putschgerüchte von ihnen aus die Aufmerksamkeit der Polizei nach einer falschen Zeit ablenken.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere gegen den Völkerverbund.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere verbreitet folgende Kundgebung: „Angesichts der neu gebildeten Regierung Luther, die auf Grund ihrer Zusammenlegung von uns abgelehnt werden muß, fordert der Nationalverband Deutscher Offiziere alle völkischen und nationalen Teile Deutschlands auf, den Streit und Haß in eigenen Lager zu begraben und sich zu setzen, einigler Kampffront zusammenzuschließen mit dem Ziel, auf Reichstag, Reichsregierung und Reichspräsident dahin zu wirken, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund noch in letzter Stunde verhindert wird. Es ist genug mit Erfüllung und Nachgiebigkeit, die uns allen, ob Hand- oder Kopfarbeiter, nur Hunger, Elend und Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft gebracht haben. Wir wollen endlich frei sein!“

Das Sperrgesetz gegen die Fürstlichen Prozesse.

Der Schluß der Sitzung des Reichsausschusses.
Hg. Everling (D. N.) wandte sich gegen das Sperrgesetz, das drei Grundrechten der Weimarer Verfassung widerspreche, und zwar der Bestimmung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, dem Grundrecht der Unabhängigkeit der Richter und der Bestimmung, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Ohne eine Befreiung wäre das Gesetz ganz unmöglich, denn sonst würden beim Nichtzustandekommen einer reichsgesetzlichen Regelung die fürstlichen Familien auf ewige Zeit vom Rechtsschutz ausgeschlossen sein. — **Hg. Dr. Pfeifer** (D. N.) wandte sich gleichfalls gegen den kommunikativen Antrag. — **Hg. Campe** (Wirtsch. Berg.) trat für einen inwischen von seiner Partei, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eingebrachten Antrag ein, wonach Art. 1 des Sperrgesetzes folgende Fassung erhalten soll:

Alle Reichsmitgliedern, die zwischen den Rändern und den ehemals regierenden Fürstentümern bei deutschen Gerichten über die Auslieferung und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung (Gesetz oder Verordnungsmaßnahme) auszusetzen.

Hg. Brandt (Dem.) und **Dr. Wolf** (Centr.) sprachen für das Sperrgesetz mit den dazu eingebrachten Änderungsanträgen. Weiterberatung morgen.

Faschistische Diktatoren in den Gemeinden Südtirols.

München, 26. Jan. Wie aus Innsbruck gemeldet wird, wurde in Kallern, einer der fünf Gemeinden, die nach der Durchführung des neuen italienischen Gemeindegesetzes ihre frei gewählte Vertretung behalten sollte, die Gemeindevertretung kürzlich aufgelöst. Als **Reichsversammlung** wurde ein Stenerbeamter von Kallern, ein **Faschist**, der sich bei den **Italienisierungsbestrebungen** hervortuend beteiligt hatte, ernannt. (B. Z. B.)

Innsbruck, 26. Jan. Der **Tiroler Bund** beschloß gestern die gänzliche Aufhebung der Fremdenwohnabgabe.

Cäsar - Mussolini - Ordnungswahn.

Paris, 26. Januar. Der „Ceclair“ veröffentlicht ein Interview mit dem italienischen Ministerpräsidenten **Mussolini**, wobei dieser ausführte, er hätte erst kürzlich wieder einmal die Schriften Cäsars und besonders das Kapitel gelesen, in dem Cäsar erzählt, wie er in zwölf Tagen eine Brücke über den Rhein schlagen ließ, um die Deutschen, „schon damals unsere Feinde“, zu unterwerfen.

Frankreich und Italien müßten heute Schulter an Schulter marschieren, um einen festen Block zu bilden gegen den Block, den einige europäische Völker, die Italien und Frankreich jetzt haben und belauern, eines Tages zu bilden trüben. Einigkeit bedeute Stärke, und heute sei es ein Verbrechen, nicht stark zu sein. Nichts dürfe die beiden Völker trennen. Ueber schwebende Differenzen könnte man sich leicht verständigen. Mussolini erklärte sich gern bereit, in Verhandlungen über eine etwaige Abänderung des bestehenden **Tunis-Abkommens** einzutreten.

Neue Faschistenzeitung in Meran.

Wien, 26. Jan. Wie der **Neuen Freien Presse** aus Innsbruck gemeldet wird, wird am 15. Februar die „**Meraner Zeitung**“ die vor 68 Jahren gegründet wurde, ihr Erscheinen einstellen. An ihre Stelle wird ein faschistisches Blatt in deutscher Sprache, die „**Ilpenzeitung**“, treten. Die „**Meraner Zeitung**“ wird alle ihre Betriebsräume und die Druckerei der neuen Zeitung „überlassen“.

Die Ablehnung Cuchens und Kerchensteiners.

Rom, 26. Januar. Der Präsident des Exekutiv-Komitees des Internationalen Kongresses für moralische Erziehung **Professor Dreiano** befragt in einem in höchstem Ton gehaltenen offenen Brief darüber, daß die deutschen Universitätsprofessoren **Cuchen** und **Kerchensteiner** in Anbetracht der Vorgänge in Südtirol sich an den Sitzungen des Kongresses, der im April in Rom stattfinden soll, nicht beteiligen werden. Professor Dreiano weist u. a. darauf hin, daß als Franzosen und Relater darauf bestanden, daß die Deutschen von diesem Kongress ausgeschlossen blieben, gerade die Italiener für ihre Zulassung eingetreten seien. (B. Z. B.)

Die Finanzdebatte in der Pariser Kammer.

Die Kritik der Opposition.

Paris, 26. Januar. Heute nachmittag wurde in der Kammer die mit großer Spannung erwartete Finanzdebatte begonnen. Der **Präsident** eröffnete die Sitzung mit einer Gedächtnisrede an **Kardinal Mercier**. Vor dem Eintritt in die Debatte wurde zunächst ein Veräußerungsantrag der Kommunisten mit 445 gegen 38 Stimmen abgelehnt, nachdem es zu einem Einverständnis zwischen dem **Sozialisten Renaudel** und dem **Ministerpräsidenten Briand** gekommen war. Renaudel lenkte die Aufmerksamkeit auf die Geschäfts- und Umsatzeinbußen und verlangte, daß die Kammer unverzüglich ihre Entscheidung hierüber treffen möge. Briand antwortete sofort ein mit einer Erklärung, die im Hause lebhaften Beifall fand, und in der er ausführte, daß, wenn die Kammer die Regierungsprojekte annehme, nach seiner und des Finanzministers Ansicht eine sofortige Besserung der Finanzlage eintreten und die Währung sich erholen werde. Zwischen ihm und dem Finanzminister bestände volles Einvernehmen. Die Kommission habe angeordnete Arbeit verrichtet, ohne daß sich die Regierung mit ihren Schlussfolgerungen einverstanden erklären könne.

In der Generaldebatte erklärte der Abgeordnete **Grandmaison** (keiner Partei zugehörig) als erster Redner, daß eine einfache Erhöhung der Steuern das Uebel nicht beseitigen werde. Außerdem dürfe man nicht daran denken, daß der **Franken** stabilisiert werden könne, ehe man die Finanzsanierung durchgeführt habe. Der Abgeordnete trat für die Abtrennung des **Tabakmonopols** ein, das dem Staat 4 bis 5 Milliarden Goldfranken bringen könne. Außerdem forderte er **Exportzölle** und die Prüfung der Frage, ob als **Währungswährung** nicht der Goldfranken einzuführen wäre.

Der radikale Abgeordnete **Dumesnil**, Vorsitzender des Steueraussschusses der Mittelparteien, dessen Gesetzesentwurf vom Finanzausschuß zur Annahme empfohlen wird, erklärte, man betreibe keine Parteilichkeit, indem man die Politik, die man grundsätzlich vertreten habe, zur Grundlage der parlamentarischen Handlungen mache. Der Finanzausschuß habe den Regierungsentwurf zurückgewiesen und an seine Stelle einen anderen Entwurf gelegt, der zum Teil auf den gleichen Grundfragen beruhe wie der Regierungsentwurf. Dieser Entwurf könne zu einem **Kompromiß** führen.

Was man von den Regierungsparteien nicht fordern werde, sei die **Umsatzsteuer**, die man während der Wahlkampagne beklämpft habe. Alles, was gegen die **Finanzgesetzliche Lage** geltend gemacht sei, müsse man auch gegen die **deutschen Dummheiten** laagen. Der **Budgetausgleich** müsse durch **händliche Maßnahmen** der Sanierung der Finanzen aber durch **außerordentliche und vorübergehende Maßnahmen** herbeigeführt werden. **Besteuerung der Zahlungen** und **Umsatzsteuer** seien das gleiche. **Reins von Belben** könne angenommen werden, da dadurch die **Leuerung** verschärft werde.

Hg. Dumesnil vertritt dann die **Klagen der Kaufleute** gegen die **Umsatzsteuer**, worauf **Ministerpräsident Briand** erklärte, man dürfe nicht erwarten, daß die **Steuergesetze** die

Regierung beabsichtigen, wenn sie neue Steuern ausgeschrieben.

Darauf vertagt die Kammer, ohne daß der Abgeordnete **Dumesnil** seine Ausführungen geschlossen hat, die **Generaldebatte** auf morgen nachmittag 3.30 Uhr.

Die Kritik der französischen Regierung in der Finanzdebatte.

Paris, 26. Januar. Man sieht voraus, daß sich die allgemeine Finanzdebatte in der Kammer bis Ende der Woche hinziehen wird. Die Kritik der Regierung geht dahin, daß Finanzprojekt der Finanzkommission in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit in der Diskussion, daß im Verlauf der Sonderdebatte, die wahrscheinlich erst Anfang kommender Woche eröffnet wird, zahlreiche Stimmen das Kommissionsprojekt nach dessen Zerstückelung ablehnen werden. Im entscheidenden Augenblick wird dann die Regierung zum Gegenangriff übergehen, indem sie auf ihre **ursprüngliche Vorlage**, besonders auf die **Verbrauchssteuer**, zurückgreift.

Englisch-italienische Einigung.

London, 26. Jan. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist in den italienisch-englischen Schuldenverhandlungen heute eine endgültige Einigung erzielt worden. Die förmliche Unterzeichnung des Schuldenabkommens wird morgen voraussichtlich um 11 Uhr vormittags stattfinden. Der Text wird wahrscheinlich morgen abend der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. (B. Z. B.)

Die Blätter melden über den Inhalt des eben abgeschlossenen englisch-italienischen Schuldenabkommens, daß Italien, zum mindesten in den ersten Jahren, nicht mehr an Amerika und England zusammen zu zahlen haben wird, als es von Deutschland Reparationen erhält. Dagegen verpflichtet Italien auf die Rückerstattung des im Kriege übergebenen **Golddepots** bis zur Tilgung der Schulden und ebenso auf die ausfallenden Zinsen. Die **Zinszahlungen** sollen jährlich zwischen 4 und 4,5 Millionen Pfund Sterling betragen und sich auf 60 Jahre erstrecken. (B. Z. B.)

General Mittelhauser geht nach Marokko.

Prag, 26. Jan. Der Chef der französischen Militärmission **General Mittelhauser**, der in der Eigenschaft als **Generalkommandant** der **Tschecho-Slowakei** jüngst durch einen anderen General ersetzt wurde und zum **technischen Berater** des Ministers für nationale Verteidigung ernannt worden war, verläßt Prag, um ein **Armeekommando** in **Marokko** zu übernehmen. (B. Z. B.)

Erweiterung der Prager Regierungskoalition?

Prag, 26. Jan. Wie verlautet, finden gegenwärtig Verhandlungen des tschechischen Ministerpräsidenten **Swehla** mit **slowakischen Demokraten** statt, um diese zum Eintritt in die **Regierungskoalition** zu bewegen. Den Grund hierfür bildet die **schwache tschechische Regierungsmehrheit**.

Mehr als 50jähriger großer
Inventur-Ausverkauf
bestmt Montag den 1. Februar a. c.
Lainenhäus
Wallstraße 6
Gründungs jahr 1800
R. Hecht
Spezialhaus für gute Wäsche

Derliches und Sächliches.

Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Dr. Dehne, dessen bevorstehende Ernennung zum sächsischen Finanzminister wir an anderer Stelle mitgeteilt haben, kann auf folgenden Werdegang zurückgeführt werden:

Dr. Dehne wurde am 13. Januar 1878 in Wobau in Sachsen geboren. Von 1893 bis 1906 studierte er in Leipzig die Rechte und legte 1906 die erste juristische Staatsprüfung ab, um sich dann bei kaiserlichen Reichsgerichtsräten auf das Richteramt zu unterziehen. 1909 bestand Dr. Dehne die zweite juristische Prüfung und wurde im folgenden Jahre zum befristeten Stadtrat in Jülich ernannt; 1909 zum Bürgermeister ernannt, wählten ihn die Jülicher Kollegen noch kurzer Amtsdauer auf Lebenszeit, doch übernahm er am 1. Juli 1908 den Posten eines befristeten Stadtrates in Dresden, den er bis zum 30. Juni 1912 bekleidete, um darauf als Oberbürgermeister die Stadterverwaltung von Wobau zu leiten. In dieser Eigenschaft trat er auch in die erste Stadtkammer ein. Am 25. Mai 1916 wurde Dr. Dehne in den Vorstand des Kreisnährungsamtes in Berlin berufen, doch erfolgte bereits am 16. August d. J. seine Ernennung zum stellvertretenden Bundesratsvorsitzenden im Reichstag in Berlin. Noch während des Krieges trat Dr. Dehne als Ministerialdirektor in das Ministerium des Innern über, von dem später das Arbeitsministerium abgetrennt wurde, in dem er alleiniger Ministerialdirektor war. Von Mitte 1920 bekleidete er bis zu seiner Ernennung zum sächsischen Finanzminister das Amt eines Direktors der Sächsischen Bank zu Dresden. Dr. Dehne ist bekanntlich der Führer der Demokratischen Partei in Dresden.

Eine Regierungserklärung zum Fall Asmus.
Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung:

An einer Reihe von Zeitungen sind in den letzten Tagen aber das gegenwärtig gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Asmus aus Freiberg anhängige Strafverfahren Artikel erschienen, die tatsächliche Unrichtigkeiten enthalten. Nicht richtig ist insbesondere, daß die sächsische Justizverwaltung nach dem Austritt der sozialistischen Regierung versucht hätte, den Oberstaatsanwalt Dr. Asmus zu befehligen, und daß sie ihm zu diesem Zwecke die Stelle eines Vandalienstrafdirektors oder eines sonstigen Stellenwechsel angeboten habe. Ein solches Angebot kann daher von ihm auch nicht, wie ferner behauptet wird, abgelehnt worden sein. Ebenfalls sind jene angeblichen Vorgänge der Art und Weise, die Asmus im Zusammenhang mit seiner Beiziehung anzuzeigen, nicht richtig ist vielmehr, daß auf eine bei dem sächsischen Justizministerium eingegangene Anklage zweier Rechtsanwälte, in der Dr. Asmus das Verbrechen nach § 346 St.G.B. beschuldigt wurde, das sächsische Justizministerium pflichtgemäß den Generalstaatsanwalt angewiesen hat, die Anklage zu prüfen. Daß bei dieser Prüfung ein Teil der von Dr. Asmus bearbeiteten Strafakten durchgesehen werden mußte, ist selbstverständlich.

Auf die erwähnten Setzungsartikel im übrigen eingegangen, verbietet die bevorstehende Hauptverhandlung.

Der vorerwähnte § 346 St.G.B. lautet:
„Ein Beamter, der vermög seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollziehung der Strafe mitzureden hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verurteilung einer Straftat unrichtig unterläßt, oder eine Verurteilung herbeiführt, welche geahndet ist, eine Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe nicht entsprechende Strafbefugnisse zu bewirken, oder die Vollstreckung der ausgesprochenen Strafe nicht betreibt, oder eine geldwerte als erkannte Strafe zur Vollstreckung bringt. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Freiheitsstrafe nicht unter einem Monat ein.“

Einschränkung der karnevalistischen Veranstaltungen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 26. Januar folgende Verordnung erlassen:

Während der diesjährigen Karnevalszeit werden verboten: 1. Karnevalsumzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen, 2. das Mitführen und der Gebrauch sowie das Verleihen und der Verkauf von Pflöcken und Schlagwerkzeugen jeder Art auf den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowie in öffentlichen Wirtschaften.

Gemeindekammer.

Die Gemeindekammer hat am 20. d. M. ihre 17. Sitzung abgehalten und dabei zu verschiedenen Fragen von Bedeutung Stellung genommen:

Die in der Öffentlichkeit viel besprochene Steuer vom Verbrauch von Gas und Elektrizität, die die Stadt Döbeln einzuführen beschloß, wurde in Vertretung des abwesenden Mitgliedes des Kreisausschusses Leipzig nicht genehmigt.

Die Verhandlung über die Beibehaltung der Muffel-Instrumentenfischer in der Stadt Dresden, wegen deren ein Ergebnis dieses Einmündungsverfahrens zwischen Rat und Stadtverordneten festzulegen sollte, wurde vertagt.

Ebenso wurden einige Fälle, in denen es sich um die Rechtsqualität der Feuerlaststeuer handelte, mit Rücksicht darauf zurückgestellt, daß die Frage einer geordneten Regelung dieser Steuer voraussichtlich in den nächsten Monaten den Landtag beschäftigen wird.

Von besonderer Bedeutung ist eine Entscheidung, die ausspricht, daß eine Verletzung einer Geschäftsordnung, soweit diese nicht Bestimmungen wiederholt, von deren Einhaltung kraft Gesetzes die Gültigkeit von Beschlüssen abhängt, die Rechtswirksamkeit eines Beschlusses der Gemeindeverordneten (des Bezirksrates) nicht berührt und daß die Staatsaufsichtsbehörden nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht in der Lage sind, bei derartigen Verletzungen der Geschäftsordnung einzuschreiten.

In einer kleinen Stadt des Zwickauer Regierungsbezirk wurde eine Gemeindegewaltverletzung durch die Auflösung der Stadtverordneten-Körperschaft am gleichen Tage wie die Reichspräsidentenwahl vorgenommen worden. Dabei war die Genehmigung der Regierung zur Verbindung der Abstimmlung mit der Präsidentenwahl nicht eingeholt worden. Die Gemeindekammer hat die deshalb gegen die Gültigkeit der Gemeindegewaltverletzung gerichtete Beschwerde mit Rücksicht auf die besonderen Umstände des Falles zurückgewiesen.

Die vor der letzten Mitgliederversammlung des Sächsischen Gemeindetages in vielen Gemeinden besprochene Frage, ob die Gemeindevertreter bei dieser Mitgliederversammlung im Wege des Verhältniswahlverfahrens zu wählen seien, ist dahin entschieden worden, daß die Vertretung bei dieser Versammlung nach der Rechtsnatur des Sächsischen Gemeindetages, der kein Gemeindeverband ist, kein Ehrenamt im Sinne von § 35 der Gemeindeordnung darstellt, und daß deswegen die gesetzlichen Bestimmungen die Anwendung des Verhältniswahlverfahrens nicht vorschreiben.

Ferner wurde ausgesprochen, daß die Stadtverordneten, wenn sie der ihnen mitgeteilten Rechtsansicht des Stadtrates über die Behandlung einer Angelegenheit nicht beitreten wollen, einen förmlichen Beschluß herbeizuführen und dem Stadtrat mitzuteilen haben, damit dieser dann, wenn er den Beschluß für geeignet hält, nach § 85 Gem.-O. verfahren kann; mit Rücksicht auf diese Gesetzesbestimmung sei es unzulässig, die Meinungsverschiedenheit durch eine Beschwerde der Stadtverordneten bei der Aufsichtsbehörde zur Entscheidung zu bringen.

Die Bestimmung einer Wasserwerkordnung, nach der Eigentümer bebauter Grundstücke, die nicht an die Wasserleitung angeschlossen sind, einen Prozentsatz des Brandflä-

Es geht um das Erbe von Zeppelin!
Gebt für die Zeppelin-Spende!
Keiner darf abseits ehen!
Spenden nimmt entgegen die Hauptgeschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“, Marienstr. 18 42 (Poltschekkonto Dresden 1066)

wertes als Wassergins zu zahlen haben, wurde unter den Einschränkungen der entsprechenden Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes als zulässig anerkannt.

Eine Beschlußbehörde hatte die Wahl eines Gemeindegewaltigen, inwieweit ihm die Stellvertretung des Bürgermeisters in Vollangelegenheiten übertragen war, um desswillen beantragt, weil der Gewählte einer bestimmten politischen Partei angehört. Diese Beantragung wurde ausgehoben, da sie im Gesetz keine zureichende Begründung findet.

In der Marktordnung einer Mittelstadt war das Befahren von frischen Fischen, Fleisch- und Wurstwaren in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September jedes Jahres auf dem Wochenmarkt verboten worden. Dieses Verbot wurde als dem § 66 der Gewerbeordnung zuwiderlaufend aufgehoben. In einem anderen Falle wurde ausgesprochen, daß der Erlaß einer Marktordnung für eine Stadt, der die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde nicht voll überweisen sind, nach der insoweit noch gültigen Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung der „Ordnungsbehörde“, d. h. der Amtshauptmannschaft zusteht.

Ferner wurde entschieden, daß ein Beschluß der Stadtverordneten einer Großstadt, nach dem Leichenöffnungen bei den in den städtischen Krankenhäusern Verstorbenen erst dann vorgenommen werden dürften, wenn die Angehörigen schriftlich zugestimmt haben, einen schweren Nachteil für die Stadt befürchten lasse und deswegen vom Stadtrat nicht ausgeführt zu werden brauche.

Schlieflich wurde die Gemeindekammer noch über Richtlinien für die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Gemeinden und Gemeindeverbände gehört. Diese Richtlinien werden demnächst im Amtsblatt erscheinen.

Die Neuauflage des Reichsinnenministers Dr. Rila als Bürgermeister von Dresden ist vom städtischen Verfassungsausschuss genehmigt worden. Seine Vertretung wird Stadtrat Köppen in Gemeinschaft mit Oberbürgermeister Müller übernehmen.

Aus dem Konsularwesen. Dem Honorar-Konsul von El Salvador in Dresden, Bruno Dietrich, ist namens des Reichs das Ehrenkreuz erteilt worden.

Todesfall. Wie aus den heutigen Familiennachrichten zu ersehen ist, verstarb am letzten Sonntag in Schönfeld bei Dresden Oberst Georg Lippe im 68. Lebensjahre.

Der Alte Tierkühnverein, Auguststraße 8, dankt im Anzeigenteil allen denen, die dazu beigetragen haben, daß die hochfesten Tierquäler, wie man aus der kaisergelundenen Gerichtsverhandlung lesen konnte, bestraft wurden, und bittet alle Tierfreunde, dem Verein als Mitglied beizutreten, Jahresbeitrag 3 Mark. Ferner wird auf die täglich stattfindenden tierärztlichen Sprechstunden hingewiesen.

Der Stadtverein für Innere Mission veranstaltet am Freitag, 30. Uhr, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses, Zingendorfsstraße 17 einen Lichtbildvortrag, an dem die bekannte Lichtbildkünstlerin Bertha Jägle (Wagen) über „Elsa Brändström als Viedeswerk in Rußland, Sibirien und Deutschland“ sprechen wird. Mit trefflichen Lichtbildern, die ihr Elsa Brändström zur Verfügung gestellt hat, wird sie ihre Ausführungen ausbilden und damit auch Proben der russischen Landschaft und des Lagerlebens geben. Die Lichtbilder, die das fröhliche Leben in Elsa Brändströms Heimen zeigen, sind von Bertha Jägle selbst hergestellt. Der Frauenvor der Stadtmision wird den Vortrag umrahmen. Karten sind zu haben in der Stadtmissionskanzlei, Zingendorfsstraße 17, Buchhandlung Zingendorfs, Zingendorfsstraße 23, Akademische Buchhandlung, Dismarckplatz 14, Dadaistisches Buchhandlung, Pünziger Str. 46, Weisches Buchhandlung, Kreuzstraße 6, und Th. Schuberts Buchhandlung, Residenzstraße 64.

Geistl. Georgi kommt auf seiner europäischen Tournee an zwei künftigen Abenden Sonnabend, den 30. und Sonntag, den 31. Januar abends 8 Uhr ins Künstlerhaus und bringt ein völlig neues durchwegs lustiges Schlagerprogramm: „Was euch gefällt“. Karten bei P. Hies, Seckstraße 21, D. Heinde, Hauptstraße 2, und an der Abendkasse.

Gewerbeverein.

In der letzten Versammlung des Gewerbevereins, die sehr stark besucht war, hielt der Rufus des Deutschen Hygienemusikums in Dresden, Dr. phil. Michaei, einen sehr lehrreichen und wissenschaftlich bedeutungsvollen Demonstrationsvortrag über das Thema

„Aus der Wiege des Lebens“.

Der Redner, dessen Ausführungen von zahlreichen Lichtbildern, vorführungen begleitet waren, ging von der Zelle aus, die den Grundstoff jedes Lebens bildet. Man sah, wie die Zellen vom Gewebe zusammenzutreten, wie vom Gewebe die Organe gebildet werden und wie sich aus den Organen der Organismus zusammensetzt. Daraus schloß sich die Behandlung der Geschlechtsorgane des Menschen und es wurde die Entwicklung der menschlichen Frucht gezeigt. Mit dem Keimplasma vererbt der Mensch seine Eigenschaften. Er ist also eigentlich unsterblich in sich selbst. Der Redner ging dann auf das Problem der Vererbung und die Mendelschen Regeln hierfür ein und erklärte sie. Nach dem gegenwärtigen Stande der Forschung sind die Kernschleichen im Keimplasma die Träger der Vererbung. Vererbungsmutagen, also beispielsweise die Kriegsverletzungen, werden nicht vererbt, weil hier keine Veränderung im Keimplasma eingetreten ist. Wird aber das Keimplasma durch Keimzelle, etwa durch Nikotin, verändert, so geht von der Keimzelle eine schädigende Wirkung auf den gesamten Organismus aus. Da das neugeborene Mädchen schon sämtliche Eigenschaften mitbekommt, so ist es Pflicht, daß der weibliche Organismus von allen Schädigungen freigehalten wird. An der Entwicklung der Vererbungsart Braut, die von 1700 bis 1800 gelebt hat, zeigte der Redner den ungeheuren Wert der Gesunderhaltung des Keimplasmas. Die Umwelt einflüsse spielen natürlich auch eine große Rolle. So kann ein besser entwidelter Mensch durch seine Lebensweise seinen Organismus schwächen, während ein schwächerer Mensch durch seine Lebensweise viel zur Dehnung seiner Gesamtkonstitution beitragen kann. Wer einen vernünftigen Lebensweg einschlägt, fördert nicht nur seine eigene Gesundheit, sondern auch die seiner Nachkommen. Aus interessanten Bildern ging hervor, daß der Starke bei ungünstigen Umwelteinflüssen seine Arbeit verrichten kann, der Schwächere aber unter ihr zusammenbricht. Daher muß bei der Berufsberatung darauf gesehen werden, daß die Leistungen der Konstitution angepaßt werden. Sodann wurden durchsichtige Präparate an die Leinwand geworfen. Aus allem ging hervor, daß der menschliche Organismus ein Kunstwerk ist, aber auch als Kunstwerk behandelt werden muß. Es ist unsere heiligste Pflicht, unseren Körper gesund zu erhalten, nicht nur um selbst, sondern auch unserer Nachkommen zuliebe. Zum Schluß kennzeichnete der Redner die große Bedeutung des Hygienemusikums in Dresden und betonte, daß wir stolz darauf sein sollten, in unserer Stadt ein Institut zu besitzen, das der Gesundheitspflege von ganz Europa dient. Der Vortrag fand langanhaltenden verdienten Beifall.

Nächsten Montag wird außer Oberstudienrat Prof. Dr. Dietzele, Leipzig, dem Direktor des Esperanto-Institutes für das Deutsche Reich, der über die Bedeutung der Esperantosprache im Weltverkehr sprechen wird, Schriftleiter Curt B o g e l, Raatz, gepädagogischer Lehrer der Stenographie, einen Lichtbildvortrag über die neue Reichskurschrift halten.

Gorbildungsschulpflicht. Knaben und Mädchen werden für Ostern aufgenommen. Siehe Prospekt F. Kachows Handels- u. Sprachschule, Altmärkt 15. Inh. Rich. Kachow u. Dr. Fritz Kachow.

Mozart im Urteil unserer Dichter.

(In seinem 170. Geburtstag, am 27. Januar.)

Zwei leuchtende Gestirne, bestimmt, Jahrhunderte mit ihrem unvergänglichen Nachglanz zu überschallen, treffen im Frühstündchen ihrer Wahn einmal, ein einziges Mal in einem Punkte zusammen: der vierzehnjährige Goethe ist Jünger eines Kanariens, das der siebenjährige Wunderknahe Mozart in Frankfurt abt. Dann entfernen sich ihre Sternbahnen auf immer im Weltensraum. Doch noch der weltweite Kreis auf des Lebens letztem Gipfel gedenkt jener höchsten Regung und schließt sie dem lauchenden Erdmann, den es ein halbes Wunder dünkt, daß Goethes Augen noch jenen Frühvollendeten anschaut. Aber des Kreises weltumfassender Blick hat auch in jenem schnellen Erblicken ein ewiges Wesen erkannt: Jeder außerordentliche Mensch hat eine gewisse Sendung, die er zu vollführen berufen ist. Hat er sie vollbracht, so ist er auf Erden in dieser Gestalt nicht weiter vorhanden, und die Verfertigung verwendet ihn wieder zu etwas anderem. . . Mozart hat in seinem 35. Jahre, Raffael in fast gleichem Alter, vor-nur um weniges älter. Alle aber hatten ihre Mission auf das vollkommenste erfüllt, und es war wohl Zeit, daß sie gingen, damit auch anderen Leuten in dieser auf eine lange Dauer berechneten Welt noch etwas zu tun übrig bliebe.“ Der Vergleich Mozarts mit Raffael steht bei Goethe — wie auch bei Grillparzer — immer wieder, nicht bloß um der Gleichheit ihrer schnell emporklimmenden und sich abbrechenden Lebensbahn willen, sondern als Gegenüberstellung zweier Höhepunkte, als das letzte Unerreichbare in Kunst und Kunst. In ihnen, glaubt er, hätten die Dämonen, „um die Menschheit zu necken und zum besten zu haben“, Gestalten hingeworfen, „die so anlockend sind, daß jeder nach ihnen strebt, und so groß, daß niemand sie erreicht“. Nur mit Einschränkungen stellt Goethe diesem Paare Shakespeare in der Poesie, doch ungleichmächtig dem Datenmenschen Napoleon zur Seite. In Mozarts Werken sieht der Dichter jene urhörsamerische Kraft verkörpert, die ihm letztes Zeugnis ist für die Lebensfähigkeit von Geist und Produktivität: „Denn was ist Weniger anderes als jene produktive Kraft, wodurch Taten entstehen, die vor Gott und der Natur sich zeigen können, und die eben deswegen froh sind und von Dauer sind. Alle Werke Mozarts sind dieser Art; es liegt in ihnen eine geäußerte Kraft, die von Weisheit zu Weisheit formiert und so bald nicht erschöpft und verzehrt sein dürfte.“ Die hohe Bewunderung, die Goethe für Mozart hegte, spricht sich auch in seinem Urteile aus, daß dieser Meister den „Kraut“ hätte komponieren müssen, um der Müll den Charakter der „Don Juan“-Vertonung zu verlieren. Stammen die Urteile Goethes über Mozart alle aus einer Zeit, da des Meisters Kunst auch schon die Welterkennenden

in ihren machtvollen Pausenbann gezogen. So leistete der junge Lied bereits dem viel angehenden, erst um seine Anerkennung rühmenden Künstler Gesellschaft, ohne sich von den absehbenden Stimmen des Tages betreten zu lassen. Ihm war es auch vergrübelt, als Geschichtsführer vor dem unbekannten Meister selbst Neugierde für seine Verehrung abzulassen. Als er einst laue vor Beginn der Vorstellung in dem noch halbdunkeln Theateraum wollte, erwachte er im Erdboden einen kleinen, bewußten Mann in einem armenen Lied, der die Musikrollen auf den Putzen eifrig durcharbeitete. Nie inskulte mit dem Unbekannten ein Gespräch an, in dem er unbefangenen seinen Ansichten über Theater, Oper und Publikum wie seiner hohen Bewunderung für die Werke Mozarts Ausdruck gab. „Sie hören also Mozarts Opern oft und lieben sie?“ frante der Unbekannte: „Das ist ja recht schön von Ihnen, junger Mann.“ Doch erst nachdem der Fremde bereits abgerufen worden war, erfuhr der junge Lied daß er vor Mozart selbst Mozarts Kunst verteidigt hatte.

Die „Seelenmusik Mozarts“ mit ihrer maßvollen Schönheit war auch für die Kammerwande Natur eines Grillparzer der Ausdruck wahrer Kunst. „In der der Himmel sich verhält der Erde“. Mozart ist für Grillparzer der Künstler, „der stets erreicht, nie überschritt sein Ziel.“ / Das mit ihm eins und einig war: das Schöne“. Und in jenen wunderbaren Strophen, zur Entfaltung des Mozart-Denkmal in Salzburg gedichtet, verleiht der Dichter ihm mit den Worten seines Heimatlandes: „Er aber kommt so hoch, als Leben reicht, / Und hien so tief, als Leben blüht und duftet. / Und so ward ihm der ewige frische Kranz, / Den die Natur ihm wand und ihm teilte.“ Wenn Grillparzer an Mozarts Kunst vor allem das edle Maß ruhevoller, heiterer Schönheit preist, so erkennt, E. T. A. Hoffmann in ihr die dunklen, schneidenden Unterströmungen, die mit der kindlich-leidlichen Kunst eines Banden kontrastiert: „An die Tiefen des Geistesreiches führt uns Mozart. Furcht umfängt uns, aber ohne Warten ist sie mehr Ahnung als Unendlichen. Liebe und Wehmüt ihnen in hohen Geistesstimmen: die Nacht geht auf in hellem Purpurstrahl, und in unaussprechlicher Schönheit stehen wir nach den Gestalten, die freundlich und in ihre Reichen winken, im ewigen Epheuren durch die Wolken fliegen“. Und aus der gleichen, unmittelbar ersichtlichen Doppeltigkeit von lübelnder Lebenslust und schicksalsschwerer Todesahnung, von unbefangener Anblicklichkeit und gottgleicher Zerküferronne ist die tief innerlich wesenverwandte Künstlernatur eines D r i t z e das Bild Mozarts in seiner unverwundlichen Meisterlichkuna „Mozart auf der Reise nach Prag“. Hier ist Mozarts Musik und Mozarts Wesen reiflos einzuengen in das Medium der Dichtung.

Kunst und Wissenschaft.

Aus dem Kupferstichkabinett.

Die Neuerwerbungen des Kupferstichkabinetts an Werken alter Kunst sind zwar nicht sehr umfangreich und äußerlich blendend, aber reich an kunsthistorischem und künstlerischem Wert. Glück und Verdienst verketten sich bei solchen Erwerbungen, Glück des Fundes und Verdienst des richtigen Blickes für das Wichtige und Bedeutende. Da ist gleich ein seltenes Blatt von Albrecht Dürer, das dem Kupferstichkabinett bisher zur Vollständigkeit seiner Dürer-Sammlung fehlte, und das die frühere Leitung nicht aufzulegen konnte. Es ist dem jetzigen Direktor Dr. von Manteuffel geschenkt, dies Blatt verhältnismäßig sehr billig zu erwerben. Es ist der letzte Stich Dürers, ein wunderbares Bildnis des Erasmus von Rotterdam, des großen Humanisten, den Dürer auf seiner niederländischen Reise 1520 traf und zeichnete. Danach und aus dem starken Gedächtnis des Meisters ist der Stich entstanden, der den Gelehrten beim Schreiben eines Briefes im faltenreichen, verwebrämten Talar zeigt; auf dem Tische steht ein Krug mit Blumen wie eine seine Guldigung des Künstlers. Das Blatt ist technisch von artlicher Ausführung und künstlerisch von meisterlicher Naumaufstellung und tiefgründender Charakteristik des Geistes in seiner kaltenreinen, klaren Schärfe und geistigen Weichheit. Ein Kleinod Dürerscher Kunst!

Von einem Schüler Dürers, Erhard Schön, wurden zwei kleine Holzschnitte gewonnen, von Hans Sebald Beham eine Allegorie, „Das Unmögliche“, die auch ohne diesen Stanzbau eine rühmlich ansprechende Darstellung einer Krankschönung ist. Von Joa Chimman, dem unerschöpflich reichen Illustrator, der freilich mehr äußerlich als innerlich „voller Figur“ war, wurden 49 Holzschnitte erworben, die meisten davon Probedrucke, auf denen er Allegorisches und Realistisches mit quellender, schon fast barock anmutender Schilderungslust schließt. Wir nennen und Putten, Ketter und Fußvolk, Habelwesen und Rodeerhalten, eine Figurenwelt, die vielleicht kulturhistorisch ergebnisreicher als künstlerisch. Ein bedeutsames und seltenes Blatt aus dem 16. Jahrhundert ist noch ein Stich des sogenannten „Meisters der Mantelsalle“, der ein Rittermeer (wahrscheinlich vor der Belagerung von Manenna) darstellt, plakatartig klar in Umritz und Raumtiefen, sauber ins Kleinere gehend, mit einem ungewöhnlich düstigen Ausblick in die Landschaft. — Von Pi e t r a n d i sind einige Radierungen: eine „Anbetung der Hirten“ (oder „Bescheidungs“) mit scharfer Lichtführung ein „Kartenspieler“, prächtig charakterisiert und in Sicht auf

Der zweite Tag der Landwirtschaftlichen Woche.

Der Landjugendtag

Am Dienstagmorgen im Saale der Kaufmannschaft zusammen. Unter Vorsitz des Herrn ... (text continues) ...

Mittags ... (text continues) ...

Den Inhaltreichen Jahresbericht ... (text continues) ...

Nach Berichten von ... (text continues) ...

Den Hauptvortrag des Bundestages ... (text continues) ...

In aufergewöhnlich ... (text continues) ...

Der Landesverband sächsischer Pferdezüchter

Hielt am Dienstagmorgen im ... (text continues) ...

Einfluss von Boden und Klima in der Tierzucht

Wie auf den Menschen, so wirkt das Klima ... (text continues) ...

Pferdezucht. Verwendet werden sollen nur solche ... (text continues) ...

Es folgten nunmehr umfassende Ausführungen ... (text continues) ...

Das Zuchtziel der sächsischen Pferdezucht ... (text continues) ...

Im Zusammenhange mit der „Grünen Woche“ hielt der Verein landwirtschaftlicher Buchführungsleute

am Dienstag nachmittag im ... (text continues) ...

Der Versammlungsleiter, ... (text continues) ...

Landwirtschaftliche Ertragsergebnisse 1924/25

Hieraus sind die Darlegungen des ... (text continues) ...

An den mit lebhafter Zustimmung ... (text continues) ...

zeugen. Es wurde angeregt, daß die Staatsämter ... (text continues) ...

Landesverband sächsischer Schaafzüchter

Weiterhin tagten in den Räumen des ... (text continues) ...

Redner wies eingangs darauf hin, daß sich die ... (text continues) ...

Es folgten dann eingehende Erörterungen ... (text continues) ...

Der Landesverein Sachsen für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege

veranstaltete am Tage seiner Hauptversammlung ... (text continues) ...

Ländliche Reiz- und Fahrvereine Sachsens

Am großen Saale des Künstlerhauses ... (text continues) ...

Konfirmanden - Uhren und Schmuck
Emil Kern, Dresden - A., Friesengasse 1
 zwischen Markt- und Landhausstraße

geht, und zwei kleine, fast karikatüristische ... (text continues) ...

Dresdner Theaterplan für heute. Opernhaus:

„Kalkthaus“, Schauspielhaus: „Der Revisor“ ... (text continues) ...

Kammerlänger Hans Müller

Das einmalige Konzert des Neuen ... (text continues) ...

erachtet, bestehend aus ... (text continues) ...

Peterzeyer. Die Wiederholung des bereits vor 14 Tagen

recht beifällig aufgeführten „Freischütz“ ... (text continues) ...

das Gruseln bekam. Und das angesichts der ... (text continues) ...

Radritzt des Zwisdauer Stadttheater-Intendanten

Die Stadtverordneten zu Zwidau ... (text continues) ...

Welterführung des Theaters in Plauen

Die Stadtverordneten in Plauen ... (text continues) ...

Veipziger Musik. Heinrich Faber, der Gaidirigent

des Philharmonischen Konzerts, ... (text continues) ...

ausgangs gemacht werden können, denn dieses wird sich doch über kurz oder lang von keiner Kippbalneinwirkung lassen müssen, das das Pferd ausgetrieben sei: Denn schon heute bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß gerade für den großstädtischen Reiter- und Einzelverkehr, besonders aber für den Verkehr über das Pferdgespann wirtschaftlich vorteilhafter ist als das Volkspferd, dessen Abnutzungquote bei häufigem und Wiederanfahren erschreckend ansteigt.

Den Hauptvortrag der Tagung hielt Rittmeister a. D. Scholz von Schinaböhfen, Klosteramt Oberwartha, über:

Die Organisation der ländlichen Reitvereine in Sachsen.

Der Redner schilderte, wie nach dem Wegfall der Armee und ihrer reichen Fülle und Anregung in der Pferdehaltung und Pferdepflege sich allenthalben, rein aus dem Bedürfnis heraus, auf dem Lande bürgerliche Reitvereine bildeten, wie diese untereinander sich zusehender Anregung boten, sich nach einem Veband zusammenfassen und anfangen, regelmäßige Übungen abzuhalten. Nun habe man dieses Bedürfnis in eine sichere Bahn geleitet und habe es dahin gebracht, daß heute 29 bürgerliche Reitvereine in der Organisation des Landesverbandes vereinigt seien. Ueberdies bestände eine Reit- und Fahrerschule in Verdina, die fast ausschließlich von sächsischen Bauernschülern besetzt werde. Die Hauptschwierigkeiten seien meist der Mangel einer Reitbahn und eines Lehrers. Auch seien die Väter hinderlich, denn diese seien auch heute noch oft der Meinung, wenn das Pferd die sechs Tage der Woche kräftig auf dem Acker gearbeitet habe, so müsse es Sonntags seine Ruhe haben. Hinzu käme als Schwierigkeit noch die Unmöglichkeit der Pferde, der Reiter und der Räumung. Die Arbeit des Verbandes hoffe diese Schwierigkeiten zu mildern und das ländliche Reitvereinswesen weiter zu verbreiten.

Im Anschluß daran zeigte Herr Ulrich Scholz einen von der Hilfsstelle der Sächsischen Reitvereine in Dresden aufgenommenen und vom Redner selbst entworfenen

überaus interessanten Film.

Er zeigte in der Hauptrolle bis ins Einzelste die Tätigkeit eines ländlichen Reitvereins mit Ausritt und allerlei einfachen, aber recht gut angeführten Übungen auf einer Stoppel, einem Wäldchen und schließlich, führte dann in die Reit- und Fahrerschule in Verdina, um alle Einzelheiten des Reitens einschließlich praktischer Gymnastikübungen und eines Paderis zu zeigen und brachte schließlich einen köstlichen Bild in die „Hohe Schule“, wie sie noch in der ehemaligen Reiterschule in Hannover geübt wird, sowohl unter dem Reiter als ohne Reiter. Besonders wertvoll war dieser Film durch vielfache Verwendung der Reitlehre; diese Teile des Films haben vorzügliche Belegenheit, alle Einzelheiten richtiger und fester Haltung, Anpackhaltung und -führung, des Sitzes und der gegenseitigen oder untereinander Hüfen zu beurteilen. Der Beifall der anwesenden Zuhörer nach diesem Film war außerordentlich.

Der Landesverband sächsischer Waldbesitzer

hielt am Dienstagabend im Klubraum des Künstlerhauses seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Nach Begrüßungswörtern des Vorsitzenden Grafen v. Solms ergriff Prof. Dr. Wiedemann von der Forstlichen Hochschule in Tharandt das Wort zu seinem Vortrage über: „Landwirtschaftliche Kulturmittel im Forstbetriebe“. Ausgehend von der Tatsache, daß auf dem Schiefer- und Braunkohlefeldern bei Aufzucht von Bäumen bisheriger Feldflächen der forstwirtschaftliche Ertrag doppelt so hoch ist wie auf dem alten Waldboden, dessen Nichtenbestand wenig befriedigend sei, kam Wiedemann auf großartig durchgeführte und außerordentlich verdienstvolle Meliorationsversuche zu sprechen, die auf abtunem Urwaldabwägen auf den Wäldern des Fürstlichen Gutes mit großem Erfolge durchgeführt worden seien. Das bilde, im wesentlichen auf einer Kombination von Kunst- und Grunddüngung beruhende, auf Schiefer-, Braunkohle- und Lignitabwägen übertragbare Verfahren, sei daher auch für große Teile Sachsens sehr zu beachten, soweit in erster Linie Nichten angeht würden.

Anschließend sprach Oberforstmeister i. R. Paufe, Dresden, über die Durchführung des Reichsbewerbsgesetzes bei der Privatforstwirtschaft. Aus seinen auf eingehendem Studium beruhenden Ausführungen, die besonders auch den sächsischen forstlichen Gegebenheiten gerecht wurden, sei die außerordentliche Steigerung der Urforst in der forstwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zur Vorkriegszeit hervorzuheben, die von früher 40 v. H. auf jetzt 70 v. H. und noch mehr angeht, wovon allein 24 v. H. auf Steuern und Abgaben fallen. Stellte sich für einen Reimeter Derbholz im Jahr 1908 bis 1914 unter Agrarabgabeung des heutigen, um 10 v. H. höheren Holzpreises der Reimeter auf 19,50 Mark, so beträgt er heute nur etwa 7 bis 8 Mark.

Die endgültige Feststellung der Rentabilität eines forstwirtschaftlichen Betriebes trifft der Reichsbewerbsgesetz aus sich selbst. Gewissenhafte, objektive Ertragsberechnungen müßten daher vorhergehen werden. Dem sächsischen Forstmann, des Eintrites schiefer Wirtschaftsverhältnisse zur Re-

habilitätsbermittlung abzuwarten, ist angesichts der wirtschaftlichen Schwankungen beizupflegen, um eine tragbare Besteuerung fortwirtschaftlicher Betriebe durchzusetzen.

In der anschließenden Aussprache über die Durchführung des Reichsbewerbsgesetzes bei den Verbandsmitgliedern wurden verschiedene beachtenswerte Anregungen zur möglichsten Förderung der Ausführung gegeben. Der Vorträge teilte mit, daß der Vortragslehre, Fortunterricht auf landwirtschaftlichen Schulen abhalten zu lassen, bereits den Gegenstand lebhaftester Fürsorge der Nachbarn für Fortwirtschaftliche bilde.

Jägerabend der sächsischen Jagdvereine.

Der Arbeitsausschuß sächsischer Jagdvereine hielt in der „Harmonie“ einen Jägerabend ab; nach Begrüßungswörtern Rechtsanwalt Pregel sprach hier der Geschäftsführer der Jagdkammer, Major a. D. v. Campe, über das neue sächsische Jagdgesetz vom 1. September 1925. Er stellte das Gesetz als eine Ablösung des seit 18 Jahre gültigen früheren Gesetzes dar, die in vielen Hinsichten doch vollkommenes die. Versteht sei es jedenfalls, aus der Festsitzung des Gesetzes schon die Anregung zu allerhand Anträgen zu schöpfen; man müsse die Wirkung der neuen Vorschriften abwarten, um so mehr, als die Auslegung dieser und jener Bestimmungen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes bedürfe. Anzuerkennen sei jedenfalls, daß die Regierung die Beteiligten ausgiebig habe mitraten lassen. Herr v. Campe ging das Gesetz nun paragraphenweise durch, erörterte Streitfragen und gab Maßregeln für das Verhalten. Das Gesetz unterscheidet zwischen dem Jagdberechtigten, d. i. dem Grundbesitzer, und dem Jagdausübungsberechtigten, der die polizeiliche Erlaubnis zum Jagen erwirkt hat. In den Rechten beider bestehen Unterschiede; um eines zu nennen, so muß der Jagdberechtigte eine Pfamratte vorweisen, die er auf seinem Grundbesitz trifft; aber nur der Ausübungsberechtigte darf sich zu diesem Zweck des Gewehrs bedienen. Der § 6 umfaßt die Bestimmungen über die Neuregelung der Jagdberechtigten. Die Jagdaussichtsbehörde hat jeden Bezirk nachprüfen; ihre Aufgabe ist insbesondere die Beseitigung der überzähligen 1427 Hektar zusammenhängender Fläche machen die durchschnittliche Mindestgröße eines Bezirkes aus; ausnahmsweise kann auf 75 Hektar heruntergegangen werden. Wo die Größe des alten Bezirkes nicht ausreicht oder wo ein Bezirk in mehrere Gemeindefürste hineinfällt, ohne daß die Gemeinden seinem Vorbestehen zustimmen, hat bis zum 31. August 1927 die Neuregelung zu erfolgen. Die alten Besitzer haben keinen Jagdanspruch auf Entschädigung, sondern höchstens einen zivilrechtlichen. Daß die Regierung die Bedeutung der Eigenjagd den anerkannt hat und diese neben den Genossenschaftsjagden bestehen läßt, ist warm zu begrüßen. Wer aber eine Eigenjagd wünscht, darf nicht veräußern, bei der Jagdaussichtsbehörde darauf anzutragen. Die Jagdberechtigten sind zu einer Jagdgenossenschaft verpflichtet, die Genossenschaft bildet. Die Aufgaben des Vorstandes der Genossenschaft können erweitert, aber nicht eingeschränkt werden. Es empfiehlt sich, ihm die Auswahl unter den Jagdpächtern zu überlassen. — An den inhaltreichen Vortrag schloß sich eine Aussprache.

Heimatabend des Junglandbundes.

Der große Saal der Ausstellung war am Dienstagabend von der sächsischen Junglandbund voll besetzt. An Stelle eines „Prologs“ sprach Frau Elfriede Wolowka, Weihen, ein „Trost“ Gedicht von Kästlin mitreißender Art, so daß dadurch eine prächtig erhabende Stimmung für den Abend gegeben war. Diefelbe Vortragende sprach später mit fester Beherrschung des Vortrags und bereitem Ausdruck einige ernste Gedichte. Mit frischen, gelunden Stimmen und in lebendem Vertrauen auf ihren Führer, Lehrer Führer, sangen 30 Sänger des Junglandbundes Roborn schlichte Lieder. Der Vorsitzende Schlimperl begrüßte und erklärte den Gästen, daß die Junglandbund mit ihren Darbietungen an diesem Abend zeigen wolle, daß sie an ihres Bodens Kraft und an die Kraft der engeren Heimat glaube.

Heimatspflichten der Landjugend

hielt Direktor Uhlig aus Lauter im Erzgebirge einen Vortrag. Ueber die „Heimat“ sprach er, besonders über unsere sächsische Vaterland. Ueber die „Pflichten“ mußte er zu sagen, daß die Landjugend bereit sei, das Stück Schützenpatronen zu verteidigen, das ihr anvertraut ist. Das „Land“ nannte er die Armenthube unserer Erneuerung. Die „Jugend“ möge ihrer angeborenen Eigenart treu bleiben. Am weiteren prägte er das schöne Wort: „Mit Freude getan, werde die Arbeit der Landjugend gefeiert sein; eine „gottverdammte Arbeit“, wie er es von Fabrikarbeitern gehört hatte, dürfe es bei der Landjugend nicht geben“ und gab eine unauflösbare Fülle von Aus- und Einblenden in Einzelheiten des Landlebens und Dunder von Fingerzeige für die Aufgaben, Pflichten, Freuden und Hoffnungen der Landjugend. Die Landjugend müsse eine deutsche Persönlichkeit werden. In einem köstlichen Refrain zeigte das Refrain junger Landwirte der Pöknigortische, wie anmutig man sich

auch auf dem Lande in fröhlicher Gesellschaft mit aus Reich geborenen können zu unterhalten weiß. Der Junglandbund zum Dach führte in einem Barren. Turen den Körperbildungslehre der Landjugend vor. Die Landjugend von Jitzau sangte sogar in Holofokolen einen volkstädtischen Reigen mit dem Titel „Friedrichs Reiz“. Der Verlauf des Abends entsprach bei aller Fröhlichkeit dem Ernst und der im Pflichtbewußtsein sicheren Haltung unserer Landjugend und zeigte, wie gut ihre Führer auch bei solchen Veranstaltungen den Geist ihrer Masse verstehen.

Der erste deutsche Tierkugelm „Schügel die Tiere“ wird auf vielseitigen Wunsch nochmals am Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saal 5/6 der S. Anabenerstraße, Wehlitzstraße 9, durch den Neuen Dresdner Tierkugelm gegeben.

Wer ist ein Tierkugelm? Ein wegen anderer Straftaten in Untersuchung befindlicher Mann ist im Besitz einer rennenden Rennuhr mit goldenen Zeigern, die er einem Angeklagten im Sommer 1925 in der Klausur abgenommen haben soll. Anzeige über den Vorgang liegt nicht vor. Der Bescholtene wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

Rundfunkprogramme.

Mittwoch, den 27. Januar 1926.

Mitteldeutscher Sender. Dresden-Leipzig.

Wirtschaftsdruckfunk:
 10 Uhr: Wirtschaftsdruckfunk: Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallkategorien des Vorabends.
 11,30 Uhr: Woll-, Textil-, Baumwoll-, Landwirtschaft, Berliner Metallmarkt und Del Norte.
 11,45 Uhr: Wirtschaftsdruckfunk: Wiederholung von 11,30 Uhr.
 12,15 Uhr: Woll-, Textil-, Baumwoll-, Landwirtschaft und Metallmarkt am Montag und Mittelnachrichten des Leipziger Neuhofes für Handel und Industrie.
 12,30 bis 12,45 Uhr: Wirtschaftliche Mitteilungen fürs Land.
 Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung:
 10,10 bis 10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sachl. Verkehrsverbandes.
 10,15 Uhr: Was die Weltung bringt.
 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar.
 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Opern-Philharmonie.
 12,30 Uhr: Neuerer Zeitfragen.
 1,15 Uhr: Preis- und Börsenbericht.
 4 bis 5 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Oskar Weber. 1. Thomas: Caverlöre zu „Mammon“. 2. Gounod: Fantaisie aus der Oper „Faust“. 3. Brahms: Ungarische Tänze. 4. Hebrer: Wiener Walzer. 5. Debar: Polka aus der Operette „Die lustige Witwe“. 6 bis 7 Uhr: Ueberragung von Gumburg aus: „Hunzelmanns Kindertheater von Hans Bodenstedt. Ueber von G. Krüger. 8 Uhr: Frau Doffe. Personen: Frau Doffe: Alice Allege-Bodenstedt. Goldmarie: Friedl Lind. Fehmarie: Edith Scholz. Gustelmann: * * * Der Schenker: Bernhard Jachst. Der Gastwirt: Max Fraisch. Schneeflocken-Schneemann.
 6,45 bis 7 Uhr: Frankfurterstunde.
 7 bis 7,30 Uhr: Vortrag: Theo Mayer: „Die Feuerbestattung“. 7,30 bis 8 Uhr: Vortrag: Prof. Dr. Witkowski von der Universität Leipzig. 11. Vortrag innerhalb der Vortragstunde: Geschichte des deutschen Dramas und des Theaters.“
 8,15 Uhr: „Preislos“, Schauspiel von Plus Alexander Hoff. Musik von Carl Maria von Weber. Spielleitung: Prof. Ad. Wind. Musik: Rundfunkorchester. Chor der Leipziger Opern-Ensemble unter Leitung von Dr. A. R. Dörfle. Personen: Don Alonzo de Carcano: Alfred Böbel. Don Alonzo, sein Sohn: Rudolf Schölkens. Don Fernando de Renedo: Arthur Böckl. Donna Clara, seine Gattin: Lily Heise. Don Eugenio, seiner Sohn: Carl Heiser. Don Contreras: Oskar Werner. Donna Petronella: Lily Heise. Der Bienenhüter: Prof. Adolf Wind. Warda, die Bienenhüterin: Marie Toldorf. Preislos: Vera Wonnar. Geron, Bienenhüter: Gustav Colmar. Peter, ein Schloßknecht: Rudolf Gons. Adlon, ein Gastwirt: Hans Boden. Die Szene spielt an verschiedenen Orten in Spanien.
 Anschließend (etwa 10 Uhr): Preisbericht und Sportfunkdienst.

Berliner Sender.

10,30 Uhr: Jugendbläser (Unterhaltungskunde). Die Jungbläsern erzählt: 1. Das Märchen vom Vergleichsmeister; 2. Der Besuch; 3. Das Märchen vom Regenbogen. (Lilo und Elie Simon).
 11,30 bis 12 Uhr: Nachmittagskonzert der Berliner Jungkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman.
 12,30 bis 12,45 Uhr: Prof. Dr. Eilmanns. Abteilungsleiter im Gontz geandheitsamt: „Das Wesen der anstehenden Krankheitsfälle.“
 7 Uhr: Technische Vorträge (Anna, Joachim, Boehmer).
 7,30 Uhr: Dr. Gerhard Schamer: „Die Volkshandlung.“
 8 Uhr: Sende-Spiele. Leitung: Cornelia Pringsbeck. Zum 25. Todestage von G. Verdi. „Requiem“ von G. Verdi. Sopran: Vera Schwarz; Mezzosopran: Emma Eilmar-Danien; Tenor: Eugen Frank; Bass: Cornelia Pringsbeck; Chor: Choristen-Berein. Leitung: Johannes Seemann.
 Anschließend: Dritte Befragung der neuesten Tagesnachrichten, Seltensagen, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Bildersendungen.
 10,30 bis 12 Uhr: Musik.

Ihre harthändige Verkopfung

müssen Sie sich selbst bei allen. Sie müssen, vor dem Schlingensiefel 2 Arbeitstage zu nehmen, die es nicht möglich, aber von zuverlässiger Wirkung sind. Scher auf Lager. Apotheke. Marien-Apotheke, Modern-Apotheke, Neudorf-Apotheke. — Bestimmung an der Packung.

Kunst willen? Selbst wenn der große Anlauf, wie manche behaupteten, nicht die Folge eines „Zonderzuges aus Freiberg“ war, sein sächsischer Ausdruck für künstliche Zauberkräfte, so war er, wie auf vielen Gesichtern zu lesen, darauf zurückzuführen, daß man die „Dob“ mitmachen wollte. Bei den Konzerten anderer, wirklich schönen Konzerten, die uns der Konzertverein in diesem Winter schon geboten hat, ließ der Besuch leider häufig zu wünschen übrig. Die beiden Zentren sind teils aus, teils halb aus der Ufklame vieler anderer Werke Stravinskis entstanden. Bei solcher ungeschickten „Leidenschaft“ wird einem freilich auch die erst gemeinte „mathematische“ Musik des Komponisten, wie sie sich etwa in seiner neueren Klavierkonzerte gibt, verdächtig. Da ist schließlich Donaggers „Pacific 211“, die Verherrlichung eines Lokomotivtypes, wenn auch die vom Komponisten angeleitete Verklärung der Lokomotiv-Zeile ziemlich äußerlich ausgefallen ist, immerhin ein auch musikalisch-technisch bemerkenswerter Werk, aber im Grunde mehr ein Kunststück denn hohe Kunst. Das er auch innerlicheres zu geben hat, weiß man aus anderen Werken Donaggers. Von den reinen Orchesterwerken des Abends hatte kein Tonbild überlegen den stärksten Erfolg. Endlich hörte man noch Hindemiths Klavierkonzert (mit 12 Solo-Instrumenten), dessen Wirkung die gleiche wie in Venedig war: Was nach dem verhältnismäßig geringfügigen ersten und zweiten Züge kommt, fällt durch seine Sprödigkeit und selbst ausländische Art recht ab. Die junge Wexla Rette (Leipzig) leitete die Klavierpartie besonders wertvoll hin. Sie haben, der in seine Partituren wie immer tief eingedrungen war, wurde von den Musikern des verstärkten Leipziger Zinssome-Orchesters bei der Verwirklichung seiner Absichten auf sehr unterstützt. Daß einige Holzbläserstellen nicht ganz wünschenswert gelautet, fiel nicht sehr ins Gewicht. Auch werden das wohl die wenigsten, die über die moderne Musik hoch entzückt waren, bemerkt haben.

† Die Stadt München als Räjan. Der Stadtrat München hatte vor längerer Zeit eine Summe ausgeschrieben zur wirtschaftlichen Unterstützung der Münchner Musikerschaft. Es wurde auf Wunsch der Musiker die Form kostenloser Drucklegung von Kompositionen gewählt, mit der ein Kölner Verlag beauftragt wurde. Aus dem zahlreich beschickten Wettbewerb wurden von der Jury, die sich aus Musikern der Akademie der Tonkunst und des Tonkünstlervereins zusammensetzte, folgende Werke ausgewählt: Wolfgang von Bartels: „Sieben baltische Lieder“, Gustav Weierhaas: „Streich-Trio“, Hans Zachse: „Variationen und Ruge für Klavier“, und Heinrich Schall: „Frühlingslieder“. Ferner wurden für die nächste Serie der Publikation angenommen: Gottfried Rühlinger: „Sonate für Klavier“, und Thomassin: „Stollinsonate“.

† Vom Stuttgarter Landesheater. Dem Oberregisseur Dr. Wolfgang Hoffmann v. Darnisch wurde von der Generalintendant des Landesheaters in Stuttgart der Vertrag als Oberregisseur nicht erneuert. Dr. Darnisch scheidet mit Schluß der Spielzeit aus dem Verbände der Württembergischen Staatstheater aus.

† Tod eines Passionspielers aus Oberamerica. Eine der markantesten Figuren aus den Passionsspielen, Bildhauer Andre as Bild ist im 72. Lebensjahre gestorben. Seit 1890 hatte er im hohen Maße immer die gleiche Rolle bei den Passionsspielaufführungen.

† Vortragsreise von Karin Michaelis. Die „Politik“ meldet, begibt sich Karin Michaelis in den nächsten Tagen auf eine Vortragsreise nach Deutschland, der Tschecho-Slowakei und Ungarn. Sie wird über Johnson, d'Annunzio und die moderne Chemie sprechen.

† Preisanschreiben über die Zeitungssprache. Der Deutsche Sprachverein erläßt sein 18. Preisanschreiben unter dem Titel „Die Schäden der deutschen Zeitungssprache, ihre Ursachen und ihre Heilung“. Der erste Preis beträgt 200, drei weitere Preise 1500 und je 500 Mark. Die Arbeiten sind bis zum 31. Dezember 1926 an die Geschäftsstelle des Deutschen Sprachvereins, Berlin W. 30, einzuliefern.

† Der Autor an der Theaterkassette. Eine Generalversammlung des Verbandes deutscher Bühnenschriststeller und Bühnenkomponisten beschäftigte sich gestern mit der Tantiemenfrage. Da die Theaterdirektoren ihren Pflichten den Autoren gegenüber sehr nachlässig nachkommen, wurde erwogen, an die Kassette jedes Theaters einen Reamten zu legen, der noch am gleichen Abend die Tantiemen für die Autoren einzuliefern hat.

† Eine unbekannte Ballettmusik von Verdi. In Wien wurde kürzlich bei einem Symphoniekonzert im Rahmen einer Verdi-Feyer eine unbekannte Ballettmusik des Komponisten aufgeführt. Sie ist als Einlage zu „Otello“ von dem mehr als 50jährigen für die Pariser Große Oper komponiert worden und nur in der französischen Partitur des Werkes enthalten. Einige Stücke von praktisch exzellentem Charakter wechseln mit religiösen Hymnen. Das Stück fand begeisterte Aufnahme und wurde wiederholt wiederholt. Als Konzertstück wird es nun wohl überall nachgeführt werden.

† Ein Bilfinger-Bund in Ungarn. Die Wiener Blätter bringen eine Andauer Meldung, wonach dem Unarischen Nationalrat eine charakteristisch ornamentierter Bilfinger-Bund überlassen wurde. Der besondere Wert dieses in Ungarn gefundenen Stückes liegt einerseits in dem Umstand, daß es von einem Bilfinger für Bilfinger-Bünde gänzlich unbekanntes Gebiet des Kontinents kammt, andererseits, daß es

in Bronze gegossen ist, somit ein Unikum gegenüber den Dolchenden der normannischen Urhelme darstellt. Das Stück hat genau die Form des Wifinger-Schiffsbüchchens.

Berdis letzte Stunden.

Ueber die letzten Stunden des am 27. Januar 1901, vor fünfundsanzig Jahren verstorbenen 68jährigen italienischen Opernkomponisten, dessen Tod damals in Italien als ein nationales Ereignis behandelt wurde, berichtet seinerzeit dessen berühmter Landsmann der Dramendichter Giuseppe Giacosa an den damaligen Dresdner Italienschen Musikonul Baron Rocella in einem persönlichen Schreiben, aus dem damals der Empfänger einiges veröffentlichte. „Berdi“ erlitt am 22. Januar einen rechtlichen Schlaganfall, der eine völlige Lähmung seiner rechten Körperhälfte herbeiführte. An seinem Krankenbette wollten außer seinen Angehörigen auch seine Freunde Arias Volto und Ricciardi. Der Maestro befand sich, heißt es in dem Briefe wörtlich, seit zwei Tagen in einem traumhaften Zustand. Wiffen schien ihn mehr mit der Erde zu verbinden. Seine Pupillen reagierten nicht mehr auf Lichterregungen. Krampfhaft verhielt er seinen rechten Arm zu bewegen. Sein linker Arm hat nicht die Kraft, sich zu rühren. Das Gesicht des arischen Meisters blieb hart und ausdruckslos. Sein Puls schwankte zwischen 180 und 100 Schlägen; der Art hat die Temperatur auf 39 Grad gemessen. Wegen Mitternacht (am 27. Januar) machte der Kranke plötzlich einen Versuch, sich zu erheben. Sein Atem war nur noch ein Nischen. Plötzlich schlen — völlig unerwartet — Leben in den bis dahin starren Körper zu kommen. Man rief gegen 3 Uhr nochmal nach seinen Freunden, die in höchster Eile herbeikamen, um sich am Sterbeshort zu versammeln. Nach kurzem Todeskampf ist der Meister, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, hinfällig geschlummert. Professor Rocca einer seiner besten Freunde, begabte sich als erster über das schmerzhafte Gesicht, um es zu küssen. . . . Am 27. Januar 1901 trug der Telegraf von Mailand die Kunde vom Tode Berdis über den ganzen Erdball. An seinem Sarge hielten Mascagni, Franzetti und Puccini die Totenwache.

Auch in Dresden rief der Tod des großen Meisters, besonders unter den Musikern der Oper, allgemeine aufrichtige Teilnahme hervor. Erst zwei Jahre vorher hatte die Oper unter Schuch einen Berdi-Rolles gegeben, bei dem auch „Ermano“ mit Karl Scheidemantel noch lauter Pause zusammen mit den anderen bekannten Opern des Komponisten wieder im Spielplan erschien.

Bermischtes.

Die Funktelephonie im Dienst der Hochseefischer.

Vor etwa 1 1/2 Jahr wurde in norwegischen Hochseefischerkreisen die Frage erörtert, inwieweit es möglich wäre, eine drahtlose Telephonanlage in Fischereifahrzeugen so solide und betriebsfähig einzubauen, daß die Befragungen sie ohne Vorkenntnisse benutzen können.

Die Anlage wurde an Bord des Fischereitrawlers „Thorbera“ eingebaut und eingehende Versuche zwischen diesem Dampfer und der ebenfalls von Telefunken 1924 erbauten Telephonstation in Malesund vorgenommen.

Die Versuche, die auf Wellenlänge 35 Meter angestellt wurden, haben ergeben, daß die Anlage auf allen vorgewohnten Meilen einwandfrei arbeitete, wobei sie die ganze Zeit nur von dem Kapitän und dem Steuermann des „Thorbera“, die keinerlei funkttechnischen Vorkenntnisse hatten, bedient wurde.

Erben gesucht!

Am 3. Dezember 1924 ging an den Küsten von Antioche nahe der Insel Oleron in Frankreich der finnländische Viermastdampfer „Port Caledonia“, der Firma A. A. Raharaffen u. Co. in Rußland gehörig, mit Mann und Maus unter.

Die Seefahrts- und Passbücher einiger der ertrunkenen Seeleute sind geborgen worden und befinden sich ebenso wie die Steuerpapiere, die im Gesamtwert von 81 Pfund Sterling von dem deutschen Konsulat in Abo (Finland) überhandt wurden.

Freispruch im Mordprozeß Tessin.

Im Mordprozeß gegen die Freiherren Manfred und Kurt v. Tessin wegen Brudermordes in Tübingen, über dessen Beginn wir berichteten, wurden die Angeklagten freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Jeder der beiden Angeklagten könne als Täter in Frage kommen.

Drei Minuten Aufenthalt.

Wie durch eine englische Wochenchrift bekannt wird, ist kürzlich bei einer Autofahrt in Norwegen eine den vornehmsten Kreisen der englischen Hauptstadt angehörende Gesellschaft durch einen zufälligen Aufenthalt von wenigen Minuten vor dem sicheren Tode gerettet worden.

Die Betriebssicherheit bei der Reichsbahn.

Bis hierher übersehen läßt, ist die Zahl der Unfälle bei der deutschen Reichsbahn im Jahre 1925 gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die stete Besserung der Betriebssicherheit, die in den letzten Jahren einsetzte, hat nach dem vorläufigen Ergebnis der Statistik auch im vergangenen Jahre angehalten.

Untergang eines deutschen Dampfers.

Der Dampfer „Albertus Magnus“ der Tülsdorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der Ende Dezember an die Magdeburger Elbischiffahrts-Gesellschaft verkauft wurde, ist auf der Ueberfahrt von Rotterdam nach Hamburg von einem Nordweststurm überfallen worden.

Schweres Mordverbrechen.

Im Oberhause führen ein fünf- und ein zweifähriger Knabe auf einem Nobelkutschen in ein Vorarlberger Personenauto hinein. Beide Knaben wurden so schwer verletzt, daß sie noch in der Nacht verstarben.

Selbstmord im Zuchthaus.

Der Student Cicenkov, der in der Strafanstalt in Karlsalows, des ehemaligen bulgarischen Gesandten in Prag, zu verbüßen hatte, in seiner Zelle durch Erhängen Selbstmord verübt hatte.

Ein Zug in einen Fluß gestürzt.

Nach einer Meldung aus Bukarest stießen der Eisenbahnstrecke Piatra-Neamz zwei Güterzüge zusammen, wobei der eine Zug, der aus Lokomotive und fünf Wagen bestand, von einer Brücke 10 Meter tief in die Bistritza stürzte.

Extommunizierung eines römischen Universitätsprofessors.

Durch ein Dekret der Inquisitionskongregation wurde der Professor der Kirchengeschichte an der Universität Rom, Ernesto Bonaiuti, extommuniziert.

Absturz eines Junkerflugzeuges in Neval.

Das Passagierflugzeug Junkers Nr. 13 stürzte am Sonntag bei einem Fluge über der Stadt Neval ab. Der Führer und vier Passagiere wurden verletzt, darunter einer lebensgefährlich.

Der reichste Kirchenfürst in Großbritannien.

Ein irländischer Bischof hat eine Erbschaft von 800 000 Pfund gemacht und ist dadurch zum reichsten Kirchenfürsten von Großbritannien geworden.

Großfeuer in London.

Unter dem sehr wichtigen Eisenbahnübergang in der Mitte der Londoner City in Ladgate Hill befindet sich ein kleiner Vergnügungspark mit Buden, Karussells, usw. Dieser Platz ist am Montagvormittag auf unbekannte Weise in Brand geraten.

28 Tote bei einem Hotelbrand.

In der Stadt Hallentown in Pennsylvania ist nachts das Hotel Lafayette abgebrannt. Elf Leichen wurden bereits gefunden, zwölf Gäste, die im Schlafe vom Feuer überfallen wurden, liegen noch unter den Trümmern.

Lange Röcke in Newyork.

Bei der Vorführung der Modeneuheiten für das kommende Frühjahr haben die Newyorker Damenschneider Mannequins auftreten lassen, die elegante Abendkleider aus Tüll und Samtgefäße zeigten, die so ausgiebig bemessen sind, daß der Rock fast am Boden schleift.



Unsere Versand-Abteilung erledigt für auswärtige Wohnende umgehend alle Bestellungen

Modehaus Renner / Dresden / Altmarkt im alleinigen Besitz von Martin Renner u. Familie

Während unseres Inventur Verkaufes

Gardinen

Table listing various curtain types and prices, including Madras-Garnitur, Halbstores, and Gardinenstoff in different colors and patterns.

Auskunft über erleichterte Zahlungs-Bedingungen erteilt unsere Rechnungs-Abteilung / Direkter Zugang An der Kreuzkirche 9, 1

Large advertisement for Modehaus Renner, featuring the horse logo and the name 'RENNER' in large letters.

Börsen- und Handelsteil

Geschäftsaufsichten und Konkurse im Handelskammerbezirk Chemnitz.

Wie in der letzten Vollversammlung der Chemnitzer Handelskammer mitgeteilt wurde, wurden im Jahre 1925 insgesamt 111 Konkurse von Firmen, die ins Handelsregister eingetragen sind, zwecks Verhängung der Geschäftsaufsicht auf gerichtliches Ersuchen hin bearbeitet. Davon entfielen auf das letzte Vierteljahr allein 56, also über die Hälfte der gesamten Jahreszahl der Anträge. Von der Gesamtziffer ordnen 18 dem Handel, 40 der Textil-, 26 der Metall-, 9 der Holzindustrie und 18 sonstigen Gewerben an. Von den 111 Konkursverfahren ist die Handelskammer nur in 20 Fällen die Eröffnung des Geschäftsaufsichtsverfahrens, in den übrigen 91 Fällen nahm sie einen teils völlig abtrocknenden Standpunkt ein, teils machte sie ihre Stellungnahme von der Zustimmung der Gläubigermehrheit abhängig. Auf die 111 Anträge wurden durch die Amtsgerichte des Handelskammerbezirks 55 Geschäftsaufsichten angeordnet. Davon sind zurzeit noch unbefristet 29, 4 geschlossen mit einem Zwangsvergleich unter 50 %, 6 mit einem über 50 %, bei 4 schloß sich der Konkurs an, 12 wurden auf andere Weise beendet.

Infolge der steigenden Konkurszahlen hat sich die Handelskammer entschlossen, nach Rücksprache mit der Gewerbekammer und einzelnen Vereinen, den bereits vor sechs Jahren ins Leben gerufenen Konkursausschuß wieder zu errichten. Sein Zweck ist vor allem, durch Mitwirkung von Sachverständigen einer Verständigung der Konkursmasse im Interesse der Gläubigerschaft, des Gemeinschuldners und der in Frage kommenden Branche ganz allgemein vorzubehalten und unläuteren Wochenmärkten zu begegnen. Der Ausschuss, der aus 23 Mitgliedern besteht, hat seine Tätigkeit Ende August 1925 aufgenommen. Von den 22 Konkursfällen, die in den letzten vier Monaten des Jahres 1925 vom Amtsgericht Chemnitz eröffnet worden sind, sind Mitglieder des Ausschusses in elf Konkursfällen tätig gewesen. Die übrigen kamen wegen zu geringer Masse für die Bearbeitung durch den Ausschuss nicht in Frage.

Der Reichsbund des deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsstoffen

Am Montag seine ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorstand legt sich nach der Neuwahl wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Gustav Reihner; 2. Vorsitzender: Bernhard Rathau; 3. Vorsitzender: Bernhard Fricke. Vertreter der in Frage kommenden Amtsstellen wählten der Versammlung bei. Als erster Redner ergriff der neugewählte erste Vorsitzende Reihner das Wort, um in scharfer Weise gegen die in der Presse bereits angekündigte besprochene Vorlage über die Reichsgetreidekasse zu polemisieren. Er tabelte das Vorgehen der verantwortlichen Stellen, die den Handel, dessen vitale Interessen durch das Wiedereintreten der Zwangswirtschaft betroffen würden, wegen der in Aussicht genommenen Maßnahmen zu spät befragt hätten. Die Vorlage selbst wurde von ihm für die Zwecke der Landwirtschaft absolut ungewinnhaft erklärt. Er sprach den Mitgliedern das Recht auf staatliche Unterstützung zu, wie sie der Landwirtschaft gewährt werden soll, und gab der Meinung Ausdruck, daß eine finanzielle Stärkung dieses Industriezweiges eine volkswirtschaftlich notwendige Maßnahme sei, da sie den gesamten Produktionsgang betreffen würde. Der Redner fand mit seinen Ausführungen starken Beifall. Der zweite Redner, Ferdinand Schierz, der Syndikus der Frankfurter Produzentenbörse, stellte in seinen Ausführungen im großen und ganzen dasselbe Problem. Er erweiterte die Ausführungen allerdings noch insoweit, als er auf den Futtermittelhandel einging, und erklärte, daß die gesamte Wirtschaft unmöglich durch gesetzgeberische Maßnahmen gerettet werden könne. Nur das freie Spiel der Kräfte, das sich in Angebot und Nachfrage ausdrückt, habe auf die Preisgestaltung maßgebenden Einfluß. Im weiteren Verlaufe der öffentlichen Aussprache ergriff Bernhard Fricke das Wort, um die Lage des Dängeteils des Handels darzustellen. Auch hier wurden Klagen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung laut, die angeblich die deutsche Landwirtschaft mit versprochenen Wechselprovisionen für Dängeteile im Stich gelassen habe. Als letzter Redner ergriff Reichsstaatssekretär Dr. Gremer das Wort zu Ausführungen über wirtschaftliche Beziehungen. In seiner Rede brachte er einen starken Optimismus auf eine baldige Besserung unserer gesamten Wirtschaftslage zum Ausdruck. Er empfahl eine weitere Steigerung unserer Exporte, um das Ausland zu einer weiteren Interessennahme an Deutschlands Handel und Industrie anzuregen.

Ueber den überseelischen Personenverkehr im Jahre 1925

Äußert sich der Leiter der Abteilung Personenverkehr des Norddeutschen Lloyd, Direktor Stadländer, in der deutschen nautischen Zeitschrift „Dansa“ wie folgt: Es bedarf eines gewissen Optimismus in diesen trüben Zeiten, dem neuen Jahre vertrauensvoll entgegenzusehen. Aber ich glaube berechnete Hoffnung ausdrücken zu dürfen, daß auch im Jahre 1926 die langsame Befundung unserer todwunden Vaterlandes fortschreiten wird, wobei nicht übersehen werden darf, daß noch Schweres überwinden werden muß. Trotz aller Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, hat der deutsche Reederei unbetriebl. sein Ziel verfolgt, und das hinter uns liegende Jahr ist bei recht bescheidenen Ansprüchen als befriedigend zu bezeichnen. Wenn auch die in der Schiffsahrt angelegten Gelder durchweg noch nicht verzinst werden konnten, so sind doch kleine Fortschritte zu merken. Ich denke hierbei an den transatlantischen Personenverkehr, der ja für den Norddeutschen Lloyd und seinen Heimathafen Bremen immer von besonderer Wichtigkeit war. Die Beteiligung der deutschen Reedereien an diesem Verkehr hat sich erfreulicherweise nennenswert gehoben.

Es ist eine Genugtuung, im Auslande immer wieder feststellen zu können, wie hoch die deutschen Dampfer erfreuen. Ihre Sicherheit und der Betrieb an Bord haben dafür gesorgt, daß auch nach dem Kriege bald wieder viele Angehörige ehemals feindlicher Staaten neben allen, insbesondere deutschstämmigen Fremden heimische und hamburgische Schiffe benutzen. Hierbei kommt den deutschen Reedereien zugute, daß ihre Passagierschiffe durchweg erst in den letzten Jahren fertiggestellt und mit Einrichtungen versehen sind, die berechtigten Ansprüchen aller Klassen entsprechen. So befinden sich in der deutschen Flotte wieder große Luxusdampfer und auf anderen Schiffen ist in besonderen Klassen den Bedürfnissen der jeweiligen Klasse Rechnung getragen, die nur über beschränkte Mittel verfügen, aber doch auf eine gewisse Bequemlichkeit nur ungerne verzichten. Unter nahezu gänzlichem Fortlassung des ehemaligen Luxus, sind die 3. Klasse sehr freundlich ausgestattet. Die Folge ist, daß im Jahre 1925 die Auswanderung aus Deutschland und aus Osteuropa sich wieder mehr der deutschen Dampfer bedient hat, so daß die ausländischen Linien ihre Abfahrten von deutschen Häfen nennenswert einschränken oder gar ganz einstellen.

Dem Wiedererhalten des deutschen Passagierdienstes sollten alle für Wiedererhalten in Frage kommenden deutschen Kreise Anerkennung zollen, indem sie, soweit es irgend möglich ist, deutsche Dampfer benutzen. Hierbei denke ich auch an solche Reisenden, die sich eine Erholung gönnen möchten, und die eine angenehme Ausspannung auf deutschen Schiffen finden können, eine angenehmere Ausspannung vielleicht, als das Reisen im Auslande mit den mancherlei hiermit verbundenen Kergnissen bieten kann.

Trotz der Schiffsahrt und insbesondere dem Personenverkehr wird unsere Handelsbilanz angenehm verbessert. Abgesehen von den sehr zahlreichen Ausländern, die deutsche Dampfer benutzen, erfolgt auch die Bezahlung für die Reisen deutscher Auswanderer zum weitaus größeren Teile aus dem Auslande. Nach dem Kriege ist der deutsche Schiffahrt die Mitarbeit in unserem Wirtschaftsleben außerordentlich erwünscht worden. Auch heute noch leidet gerade der Personenverkehr daran, daß bei dem beschränkten Dampfermaterial nicht die genügende Regelmäßigkeit im Dienste gehalten werden kann. Ausländer würden natürlich auch die Unkosten in der Geschäftsführung, dem Vertretung und in der Werbung verhältnishaft ermäßigen. Aber um eine breitere Grundlage zu

Täglich 16 000 Pfändungen in Deutschland.

Von Dr. Röder, Berlin.

Nach einer Statistik betragen zurzeit in Deutschland die Zwangsvollstreckungen in das bewegliche Vermögen des Schuldners täglich 16 000 Stüd. Das ist ein erschreckendes Bild aus dem trostlosen wirtschaftlichen Zustand, in dem wir leben. Aber das Bemerkenswerte hieraus ist, daß jetzt die Gerichtsvollzieher bedeutend mehr Zwangsvollstreckungsaufträge gegen Geschäftsleute als Privatleute haben. Das hat zur Folge, daß diese Schuldner in dieser Situation für sich so viel als nur irgend möglich zu retten suchen. Die Frau oder irgendein Verwandter werden als Eigentümer des Pfandstückes vorgeschoben. Ergibt sich in einwandfreier Weise das Eigentum des Interventions, so muß natürlich sofort freigegeben werden. In vielen Fällen ist das aber nicht sofort klar zu ersehen. Es kommt mit Interventions zum Prozesse und da stellt sich zur Ueberraschung des Gläubigers heraus, daß das Pfandstück doch Eigentum des Interventions ist. Der bedauerndere Gläubiger muß dann, abgesehen, daß er keine Forderung gegen den Schuldner nicht sofort bezahlt erhält, noch außerdem die nicht ungewöhnlich hohen Kosten der Interventionsprozesse tragen. Um einen solchen Fall zu verhüten, sollen die nachstehenden Ausführungen zur Belehrung dienen.

Vorausgeschickt wird, daß der Gläubiger, der die Zwangsvollstreckung betreibt, nicht nötig hat, die Pfandstücke unverzüglich freizugeben, wenn das Eigentum an diesen für den dritten, welcher der Pfändung widerspricht, nicht einwandfrei feststeht. Der Interventions hat vielmehr sein Eigentum so recht überzeugend nachzuweisen. Denn dem Gläubiger muß unter allen Umständen Gelegenheit gegeben werden, die Rechtmäßigkeit der Interventionsansprüche zu prüfen, insbesondere auch nach der Richtung hin, ob der Dritte seine Ansprüche nicht etwa auf anfechtbare oder simulierte Rechtsgeschäfte stützt. Als Mittel der Glaubhaftmachung kann in erster Linie die abschriftliche Mitteilung der den Anspruch begründenden Urkunden gefordert werden. (Rechtsspr. 3. Oberlandesgerichte 5,30 und VI. 1. Rechtspr. 24, 134).

Eind demnach die Ansprüche des Interventions nicht klar bei dessen Reklamation erwiesen und geschieht das erst im Prozesse, so tut der Gläubiger gut, diese sofort anzuerkennen. Denn ein sofortiges Anerkennen befreit nach § 93 der P. O. den Beklagten von den Kosten des Rechtsstreites, da er ja durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage nicht die Verantwortung gab. Das Landgericht Berlin II (Ktzenz. 9, S. 33/13) hat diesen Fall in rechtlicher Hinsicht sehr überzeugend geklärt. Es heißt in den Entscheidungsgründen: „Daß ein sofortiges Anerkennen ein solches ist, das in dem Augenblick erfolgt, nach dem der Klageanspruch glaubhaft gemacht wurde. Das ist zu verstehen, wenn der Gläubiger erst nach der stattgegebenen Beweisannahme die Ueberzeugung erlangt, daß eine ausreichende Glaubhaftmachung für das Eigentum des Interventions vorliegt.“ In dem erwähnten Urteil wird dann weiter ausgeführt, daß der Beklagte erst nach der Ver-

nehmung der beiden Zeugen, der Eheleute (Eltern der Klägerin), die Pfandstücke freigegeben habe, nachdem er aus den Aussagen dieser Zeugen die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß das Eigentumsrecht der Klägerin genügend glaubhaft gemacht worden sei. Wenn nun trotzdem die Klägerin der Ansicht sei, Beklagter habe schon gleich nach der Vernehmung des ersten Zeugen (des Vaters) freigegeben müssen, so ist diese Ansicht unrichtig. Denn zunächst stellt sich der Beweistermin als ein einheitliches Ganzes dar, das nicht in einzelne Teile gerissen werden kann, so daß jeder feste Standpunkt verloren geht. Sodann konnte der Beklagte aber mit Recht abwarten, was die zweite Zeugin für Angaben machen wird, um daraus z. B. aus etwaigen Widersprüchen zwischen den Aussagen beider Zeugen Schlüsse zu ziehen, wobei er zu dem Resultat kommen konnte, daß das Eigentum der Klägerin in seiner Weise oder nicht genügend glaubhaft gemacht worden sei, woraus sich weiter ergeben konnte, daß er noch immer nicht anerkennen brauchte. Aus diesen Erwägungen heraus war dem Beklagten nicht zuzumuten, schon nach der Aussage des ersten Zeugen allein anzuerkennen. Sein Anerkennen ist also ein sofortiges.

Aus Billigkeits- und Gerechtigkeitsgründen wird man jeden Satz vorstehenden Urteils, das geeignet ist, unserer Rechtsprechung als Richtschnur zu dienen, unterschreiben müssen. Auf dem gleichen Standpunkt steht übrigens auch das Oberlandesgericht Hamburg (R. O. L. 6, 27, 107). Ferner teilt ihn das Landgericht Berlin II in R. O. B. 08, 108, 104. Dort wird ausgeführt: § 93 verlangt, daß das Anerkennen sofort erfolge; regelmäßig wird es also im ersten Termin zu erfolgen haben. Im übrigen kommt hier aber auch die Vorschrift des § 94 mit in Betracht. Diese Vorschrift will den § 93 für bestimmte Fälle, wie z. B. den vorliegenden, erweitern und ergänzen. § 94 bringt selbständig ein Prinzip zum Ausdruck und erscheint deshalb analoger Anwendung fähig. Will man deshalb auch nicht annehmen, daß es sich bei dem gegen den Beklagten geltend gemachten Freigabeanspruch um eine Forderung handelt, die erst fällig wurde, nachdem dem Beklagten der Eigentumsanspruch der Klägerin genügend glaubhaft gemacht worden war, so war doch gegenüber dem Umstände, daß sich die gepfändeten Sachen in Gewahrsam des Schuldners befanden, das Bestreiten des Beklagten bis zur Glaubhaftmachung ein wohlberechtigtes. Das sofort nach der Glaubhaftmachung abgegebene Anerkennen befreit deshalb den Beklagten von der Verpflichtung zur Uebernahme der Kosten des Rechtsstreites, die der Klägerin aufzuerlegen waren, da sie von ihrem Klagerrecht vorzeitig Gebrauch gemacht hat.“ Schließend ist noch zu erwähnen, daß der die Zwangsvollstreckung betreibende Gläubiger, der freigeht, unter allen Umständen auch die Verpflichtung hat, den Interventions zu benachrichtigen, daß er freigegeben habe. Eine Benachrichtigungspflicht des Gerichtsvollziehers an den Interventions besteht hierzu nicht.

Neuport, 26. Januar. Devisenkurse. (Anfang.) London 4,88%, Paris 8,71, Brüssel 4,54%, Rom 4,00%, Madrid 14,15, Bern 10,26, Amsterdam 40,16, Kopenhagen 24,76, Prag 2,96%, Berlin 20,90.

*** Zur Abklärung der öffentlichen Anleihen.** In Bayern, Barmen und Baden werden vielfach Namensschuldverschreibungen von solchen Markanleihen der Länder, die infolge Uebernahme der Staatsbahnen auf das Reich Markanleihen des Reiches geworden sind, in dem zurzeit stattfindenden Abklärungsverfahren mit anderen Markanleihen des Reiches durch Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften zum Umtausch und zur Bewahrung von Auslosungsrechten eingereicht. Dies entspricht nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Nach der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Abklärung öffentlicher Anleihen des Reiches sind nur Inhaberschuldverschreibungen von Markanleihen des Reiches durch die Vermittlung von Banken, Sparkassen, öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und Kreditgenossenschaften zum Umtausch und zur Bewahrung von Auslosungsrechten bei den Reichsbankanstalten und an die Anleihebesitzstellen einzureichen. Anträge auf Grund von Namensschuldbriefen sind dagegen an diejenigen Landesbehörden zu richten, die die umzutauschenden Markanleihen gemäß § 4 des Gesetzes über den Uebertrag der Staatsbahnen auf das Reich vom 20. Juli 1922 verwalten (Landeshauptverwaltungen). Dies gilt vor allem für bayerische, württembergische und badische Namensschuldverschreibungen, zu denen auch diejenigen Inhaberschuldverschreibungen gehören, die durch den Austausch auf den Namen eines Dritten umgeschrieben worden sind. Umschreibungen in diesem Sinne sind auch die vor dem 1. Januar 1900 eingetragenen sogenannten Einkulturgewinne Dritter, wenn ihnen die Beschäftigung der katastralführenden Stellen oder Abteilungen des Ausstellers über die Vormerkung im Schuldkataster beigelegt sind.

*** Umsatzsteuerfragen.** — Zwei Runderlasse des Reichsfinanzministers. Der Reichsminister der Finanzen hat auf dem Gebiete der Umsatzsteuer kürzlich zwei Runderlasse veröffentlicht. Soweit die darin angeführten Fragen von weitergehendem Interesse sind, werden sie nachstehend auszugsweise wiedergegeben. Voraussetzungen der Banken. Diejenigen Banken, die im April, Juli und Oktober 1925 je 20 Prozent des für 1924 festgesetzten Steuerbetrages entrichtet haben, brauchen im Januar 1926 keine Umsatzsteuervorauszahlungen auf die allgemeine Umsatzsteuer leisten, weil der Steuerbetrag für 1924 auf Grund eines Steuerabzuges von 2,275 Prozent, dem Durchschnittssatz von 1924, festgesetzt worden ist, während der Durchschnittssatz für 1925 nur 1,875 Prozent beträgt. Die Banken, deren Umsätze 1925 gegen 1924 nicht wesentlich geiegen sind, haben damit ihre Steuerpflicht für 1925 bereits beglichen. Die endgültige Steuerfestsetzung erfolgt bei der Frühjahrsvoranmeldung 1926. — Abgrenzung der Monats- und Vierteljahresschaltjahre. Sowohl an den Kreisen der Steuerpflichtigen wie aus den Kreisen der Finanzbehörden ist der Antrag gestellt worden, die Umsatzsteuer ähnlich wie bei der Einkommensteuer nur noch in vierteljährlichen Zeitraten zu erheben. Der Reichsminister der Finanzen hat sich zu einer grundsätzlichen Abänderung des gegenwärtigen Systems noch nicht entschließen können, weil er zuerst auf das monatliche Aufkommen größerer Steuerbeträge nicht glaubt verzichten zu können. Da die bisherige Abgrenzung jedoch noch auf der Höhe der Umsätze des Jahres 1922 basiert, sind mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen Verschiebungen die Finanzämter ermächtigt worden, in gewissem Umfang Monatszahler in die Gruppe der Vierteljahresschaltjahler überzuführen. Eine bestimmte Grenze ist nicht genannt, doch sollen die Finanzämter in einzelnen Bezirken von der Einforderung monatlicher Vorausmeldungen dann abzusehen, wenn der im Kalenderjahr 1924 erzielte Umsatz hinter 20 000 Reichsmark zurückbleibt. Die Freilisten sind durch Verordnung vom 24. Dezember 1925 in einigen Punkten geändert worden. An neuen Bearbeitungsverfahren sind angefallen worden: Das Vermischen von inländischem und ausländischem Mineralöl und das Verschütten von Wasserfahrzeugen, beides mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab. Für die Landwirtschaft gelten bis auf weiteres die bisherigen Richtlinien. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat mit Rücksicht auf ein Gutachten des Reichsfinanzamtes vom 27. November 1925 den nachgeordneten Behörden Anweisung erteilt, in Zukunft den Finanzämtern gegenüber gemäß §§ 191, 192 der Reichsbahnverordnung zu verfahren. Diese Vorschriften betreffen bekanntlich die Verkaufspflicht der Behörden und berufsständlichen Vertretungen. Schließend stellt der Reichsfinanzminister die dringend erforderliche Heraus-

(Fortsetzung Seite nächste Seite.)

schaffen, stellt immer wieder das Kapital. Es bedeutet ein großes Risiko, hochwertige Dampfer mit hoch zu verzinsendem Gelde in Bau zu geben, während die ausländische Schiffsahrt nennenswerte Beiträge zum Ausbau ihrer Passagierdampferflotte bezieht. Und doch scheinen die großen ausländischen Reedereien mit mindestens denselben Sorgen kämpfen zu müssen wie die deutschen. Die gemeinsame Not trägt sicherlich auch dazu bei, daß auf den großen internationalen Schiffsahrtkonferenzen dem deutschen Reeder wieder in aller Kollegialität begegnet wird; bei manchen der Konkurrenten empfindet man sogar verständnisvolle Rücksicht für das, was die deutsche Schiffsahrt neuerdings schon wieder geleistet hat. Es ist überhaupt erfreulich, feststellen zu können, wie das Ausland unsere heimische Wirtschaft und insbesondere unsere Schiffsahrt günstiger beurteilt, als wir dieses selbst tun, die wir vielleicht allzu lange nicht über die uns umgebenden Mauern hinüberblicken konnten.

Berliner Schluss- und Nachbörse vom 26. Januar.

Im weiteren Verlaufe der Börse zogen Norddeutscher Lloyd um weitere 5 % an, indesamt also gegen den Vortag um 11 %. Die Aktien des Barmer Bankvereins liegen um 5 %, da der Kurs als sehr zurückgefallen angesehen wird und die Ausschüsse des mittlen in Industriegebiet liegenden Instituts eine günstige Beurteilung finden. Im übrigen war die Tendenz bei stillem Geschäft wohl schwächer. Akkumulatoren gewannen auf Gerichte über eine Kombination mit der A. E. G. 3 %. Privatbank für kurze und lange Sicht 0 %. An der Nachbörse traten gegenüber den amtlichen Schlussnotierungen keine wesentlichen Schwankungen mehr ein. Die Grundtendenz war unflüchtig, für einige Spezialwerte jedoch recht fest. So konnten Barmer Bankvereins-Aktien später weiter ansteigen, um mit einem Gesamtgewinn von 8 % aus dem Markt zu gehen. Norddeutscher Lloyd, die bis 140 % heraus gestiegen waren, schlossen mit 130,5, Dapag mit 116, Gefährte einige Prozent unter dem Höchstkurs mit 122,75, Hannoverische Waggon mit 18 nach 21, Gothaer Waggon mit 31 nach 28, Kriegsanleihe mit 0,237, Schulgeldanleihe mit 0,5, Bonus Montanwerten hörte man nachdrücklich Hülfsmaß mit 89, Dampfer mit 109, Westfälischen mit 91,26, Pöblich mit 77, Deutsche Luxemburger mit 91 und Bochumer mit 89,25. Ungarische Renten abrückend, ebenso Harbinanleihe (123,75).

Der Kassamarkt lag behauptet. Von den zu Einheitskursen notierten Papiere kamen u. a. Haber 5,5, Maximilian 3, Aeramag 3 und einige Jementwerte 2 % höher, dagegen Gremensdorff-Maschinen 3,25, Vereinigte Glaszof 4,5, Wanderrwerke 1,5 % niedriger. Am Pfandbriefmarkt tendierten landwirtschaftliche Goldpfandbriefe unverändert zu den gestrigen Kursen.

Frankfurter Abendbörse vom 26. Januar.

Am Anchluss an die schwächeren Mittagsnotierungen war auch der Abendverkehr schwach. Ultimo-Glücksstellungen veranlassen ein weiteres Nachgeben der Kurse auf fast allen Märkten. Nur am Elektromarkt waren Schuderte um 0,5 und Siemens & Halske um 0,275 gebessert. Auch Underaktien waren erholt. Scharf gedrückt waren im Verkehr Norddeutscher Lloyd, die sich auf 124,50 senkten. Dapag haben bis zu 1,5 nach. Die Abendbörse schloß in lustloser und schwacher Haltung. Deutsche Anleihen: 5 % Reichsanleihe 0,2025, Schulgeldanleihe 5,8, Bankaktien: Barmer Bankverein 70,5, Darmstädter Ultimo 116,5, Deutsche Bank Ultimo 116, Diskontogesellschaft Ultimo 111,75, Dresdner Bank Ultimo 111,5, Reichsbank 147, Montanaktien: Westfälischen Ultimo 89, Dampfer Ultimo 107, Mannesmann 75,7, Obercazo 43,5, Otavi Ultimo 26,5, Laurahütte 37, Ballwerte: Kali Werra 122,75, Kali Westeregeln 122,25. Chemische Aktien: Badische Anilin 122,75, Alkoller Farben Ultimo 123,12, Hülfswerke 99, Elektroaktien: A. E. G. 90,25, Elektrizität Licht und Kraft 101,75, Rheinwerk Ultimo 82, Schuderte 78,5, Siemens & Halske Ultimo 96, Transportaktien: Dapag 115, Baltimore 82. Sonstige Industrieaktien: Daimler 81, Deutsche Erdböl 87,26, Schlinger Maschinen 38,5, Redar-Werke Pöhlingen 78, Thüringische Eisenwerk 78, Badischer Jucker 43, Frankenthal Jucker 43, Stuttgart Jucker 43.

London, 26. Januar. Devisenkurse. (Schluss.) Neuport 4,88, Montreal 4,87,25, Amsterdam 12,11,12, Paris 130,70, Brüssel 106,05, Italien 120,50, Berlin 20,42, Schweiz 25,207, Spanien 14,37,7, Pilsener 2,53, Kopenhagen 19,61,5, Stockholm 18,16,5, Oslo 28,57, Wellington 193,25, Prag 164,12, Budapest 27,75, Belgrad 27,5, Sofia 710, Rumänien 11,80, Athen 352,5, Konstantinopel 92,8, Wien 34,58, Warschau 86,50, Buenos Aires 40,58, Alexandrien 97,53, Rio de Janeiro 740, Hongkong 2/5, Shanghai 8/10, Yokohama 1/10, 1/10, Regio 2/10, Montevideo 60,76, Valparaiso 36,40.

gabe einer neuen Pausenausgabe des Umfassungserlasses und der Ausführendbestimmungen in Aussicht.

• **Berichtigung der Zinspläne bei den Sparkassen.** Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband wird seinen Mitgliedern eine Senkung der Zinssätze um 1 % und der Sparkassen um 1/2 % empfehlen. Ueber die Durchföhrung der Zinssenkungen haben die endgültigen Entscheidungen der einzelnen Sparkassen noch aus. In Berlin dürfte beispielsweise eine Zinssenkung schon vor dem 1. Februar in Kraft treten.

• **Die Bedingungen der Anleihe der Rhein-Elbe-Union.** Wie der „D. D.“ berichtet, ist die 30-Millionen-Dollar-Anleihe für die Rhein-Elbe-Union, die durch das Bankhaus Dillon, Read & Co. emittiert wird, unter folgenden Bedingungen ausstehend gekommen: Der Ausgabebetrag der Anleihe beträgt 44 %, der Zinssatz 7 %. Die Anleihe läuft 30 Jahre und ist mit 100 % rückzahlbar; bereits nach fünf Jahren kann die Anleihe von Seiten der Rhein-Elbe-Union, dann jedoch gegen 100 %ige Rückzahlung, gefündigt werden. Außerdem steht jedem Besitzer eines Anleihebündels über 1000 Dollar die Berechtigung zu, 1000 Reichsmark Deutsch-Papiergeld-Aktien zu 100 % unter Vollzahlung des Gegenwertes der deutschen Mark in Dollar zu erwerben. Die erforderlichen Aktien werden von Dillon, Read & Co. aus ihrem Besitz des feinsten aus der Feinmünze erwerbenden Fabrikates Deutsch-Papiergeld-Aktien zur Verfügung gestellt. Die neue Anleihe kommt lediglich den beiden Montan-Unternehmen Deutsch-Papiergeld-Bergwerks- und Hütten-A.G. und der Gesellschaft Bergwerks-A.G. der Rhein-Elbe-Union zugute, nicht dagegen den beiden Siemens-Elektrizitäts-Gesellschaften, und wird auf die Verpfändungen von Deutsch-Papiergeld- und Eisenfirmen mit der Berechtigung eingetragen, sie später eventuell auf die Vereinigte Stahlwerke A.G. zu übertragen.

• **Graphische Tabellen der Deutschen Bank.** Wie in früheren Jahren veröffentlicht die Deutsche Bank „Graphische Tabellen über die Preisentwicklung wichtiger Rohstoffe“ in den Jahren 1923-24. Die Tabellen beziehen sich auf Baumwolle (Siam, Indonees und Neusee), Zinn, Elektrolytkupfer, Gold, Gummi, Jute, Kaffee, Kupfer, Weizen, Petroleum, Roggen, Schmalz, Silber, Weizen (Berlin, Ostasien und Neusee), Zinn, Binn, Zucker. Nach Möglichkeit ist auch die Kurve für das erste Halbjahr 1914 eingetragen worden. Am Kopf jeder Tabelle stehen die höchsten, niedrigsten und letzten Preise eines jeden Monats und der letzten drei Jahre.

• **Nichtstichtbank Bayern A.G., München.** Die Hauptversammlung, auf der 1924 400 Stimmen von Stamm- und 80000 Stimmen von Vorzugsaktionären vertreten waren, beschloß die Einziehung und Verwindung von 8700 Millionen Papiermark Aktien. Ferner wurde die bekanntlich einen Verlust von 600 786 R. ausweisende Bilanz für 1924 gegen 76 220 Stimmen genehmigt und auf Antrag der Verwaltung des früheren Direktors v. Viermann und Koller, sowie den ehemaligen Mitgliedern des Aufsichtsrates Dr. Giesler, Dr. Bahndorfer und Rechtsanwalt Kurt Trummer die Entlassung für 1924 erteilt. Von der Umkehrung des Kapitals auf Reichsmark wurde mit Rücksicht auf die beantragte Liquidation abgesehen. Der Gegenantrag eines Aktionärs, dem gesamten Aufsichtsrat die Entlassung zu verweigern, wurde mit allen gegen 300 270 Stimmen abgelehnt. Eine Zwischenbilanz per 31. Oktober 1924, die, wie bekannt, infolge des Erlasses der Verpflichtungen bei der Reichsmark-Stichtbank mit einem Ueberschuß von 5880 M. abgesehen, wurde gegen 17 120 Stimmen genehmigt. Diese Bilanz gilt gleichzeitig als Liquidationsbilanz. Den noch im Aufsichtsrat verbliebenen Mitgliedern, sowie dem derzeitigen Vorstand Ganauer wurde Entlassung bis zum dem Bilanztag erteilt, jedoch dem Direktor v. Viermann verweigert. Darauf wurde auf Antrag der Verwaltung die Liquidation beschlossen, da keine Möglichkeit besteht, die Reichsmark weiterzuführen. In Liquidation wurden der Vorstand Ganauer und Herr Jahn bestellt. Wie der Vorsitzende mittelste, ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Erzengel Trummer (Bremen), freizeithalber angeschlossen.

• **Schladin-Werke Aktiengesellschaft, Dresden.** Nach dem Bericht des Vorstands war das Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahr in der Papier-Abteilung dauernd zufriedenstellend beschäftigt, während der Uebergang in Drehschichten, Weichschichten und Rollen durch die anhaltende wirtschaftliche Krise ungünstig beeinflußt wurde. Sie bereits in der letzten Hauptversammlung mitgeteilt, wurde am 30. Januar 1925 ein am Bahnhof in Witteritz gelegenes, für die Zwecke der Gesellschaft besonders gut geeignetes Grundstück erworben, in das nach Ausbau desselben inwieweit die Drehschicht-Abteilung übergeführt werden ist. Nach Aufstellung von Ersatzkapitalen an Vorstand und Angestellte und Bildung eines Liquidations- und Liquidationsausschusses ergibt sich ein Bruttogewinn von 263 200 Reichsmark, der wie folgt verwendet werden soll: Rückstellungen auf Grundstücke, Gebäude und Maschinen 115 171 Reichsmark, 10 % Dividende gleich 90 704 Reichsmark, Vorzugsdividenden 17 720 Reichsmark, Aufsichtsratsentlohnung 10 000 Reichsmark, Vortrag auf neue Rechnung 22 700 Reichsmark. Für das neue Geschäftsjahr liegen in der Papier-Abteilung bisher schon umfangreiche Aufträge vor, doch lassen sich maßgebende Vorhersagen für das laufende Geschäftsjahr nicht abgeben, da es von der Richtung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, besonders aber von einer eventuellen Wiederverkehr der überhöhten Eisenwaren abhängt, ob sich die Industrie lebensfähig erhalten kann. — In der Bilanz sind 288 400 Reichsmark, Effekten und Beteiligungen mit 100 000 Reichsmark, Wechsel mit 23 417 Reichsmark, Kasse- und Postforderungen mit 8074 Reichsmark, dagegen betragen die schwebenden Verbindlichkeiten 128 217 Reichsmark.

• **Hardenbergsche Werke, A.G. in Berlin.** Nach der Übernahme der notwendigen Abschreibungen und Rückstellungen, sowie nach Verrechnung von 10 984 Reichsmark zwecks rückwirkender Aufwertung einer Anzahl auf dem Dresdner Grundstück mit der Bilanz für das Geschäftsjahr 1924/25 einen Reingewinn von 8801 Reichsmark auf, der vorzutragen werden soll. Der Geschäftsjahr war in den ersten neun Monaten des vergangenen Geschäftsjahres sehr reger, ließ jedoch gegen das Ende allmählich nach, so daß der Betrieb eingeschränkt werden mußte. Im neuen Jahre ist bisher eine Besserung nicht eingetreten. Der Eingang an Aufträgen ist gering, doch rechnet man im Frühjahr mit einer Besserung des Geschäftes. Die Bilanz vom 30. September 1924 zeigt ein gutes Aussehen. Anlagevermögen 523 020 Reichsmark, Waren 346 082 Reichsmark, Außenstände 273 268 Reichsmark, Kasse, Bank- und Postforderungen 15 583 Reichsmark, Guthaben 21 200 Reichsmark. Andererseits erscheinen: Aktienkapital 735 480 Reichsmark, gesetzlicher Reservefonds 7733 Reichsmark, Sonderreserven 30 000 Reichsmark, Schuldverschreibungen 108 050 Reichsmark, Gläubiger 17 681 Reichsmark, Teilschuldverhältnisse 27 880 Reichsmark, Guthaben 19 834 Reichsmark.

• **Wunderlich & Comp. Aktiengesellschaft, Hallesche-Altstadt i. Schlef.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der am 8. März d. J. stattfindenden Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1924/25 die Verteilung einer Dividende von 6 % auf die Vorzugsaktien und von 10 % auf die Stammaktien vorzuschlagen.

• **Apollamerke A.G., Apolda (Thür.).** Das Aufsichtsrat hat die Geschäftsbilanz um vier Monate verlängert (bis einschließlich 31. Mai 1924).

• **Deutsche Spirituosen-Werke Akt.-Ges. in Liquidation in Berlin.** Die Gesellschaft, deren Aktien im vorigen Jahre bekanntlich nach der ausfallenden Bilanz des unter dem Namen Spiritus-Werke bekanntem Besitzer der Aktienmajorität zum Preise von 750 000 Reichsmark an die Carl Reyer Akt.-Ges. in Dresden verkauft wurden, legte in der Generalversammlung ihre Jahresbilanz per 31. Dezember 1924 vor, die mit einem Verlust von 34 770 Mark abschließt. Effekten 178 995, Wechsel 228 000, Debitoren 2 097 000, Waren 810 000 Reichsmark. Unter den Passiven ist neben dem Aktienkapital von 400 000 Reichsmark eine Reserve von 80 000 Reichsmark, ein Teilschuldverhältnis mit 1 244 000 Reichsmark, an Steuern und Steuerhinterzügen 1 200 000 Reichsmark vorhanden, während sich die Bankschulden auf 264 000 Reichsmark belaufen. Kreditoren 238 000, Süddeutsche Wein- und Spirituosenvertriebs-G. m. b. H. 435 000 Reichsmark.

• **Hochhaus-Brandee — Conrad-Brandeeer K.G., Stuttgart.** Die ordentliche Hauptversammlung der zum Rückfort-Ronzern gebörenden Gesellschaft wird am 24. März über die Ausschüttung einer 10 %igen Dividende Beschluß zu fassen haben.

• **Das erste Jahr des brasilianischen „Raffeejahres“.** Durch den Beschluß der 10-Millionen-Raffeejahr-Anleihe, von der bekanntlich der erste Abschluß mit 5 Millionen Pfund Sterling Anfang Januar abgezeichnet wurde, hat der Kampf um die Preise des brasilianischen Raffees einen neuen Antrieb erhalten. Die Tatsache ist ihm zu bezeichnen, als im ersten Jahre seiner Wirksamkeit das brasilianische Raffeevertriebs-Jahr sein Ziel, die Raffeepreise auf der bisherigen Höhe zu erhalten, nicht erreicht hat. In Neusee sind sogar

die Notierungen für Rio-Top 7 auf 17 Cent am 18. Dezember d. J. gegen 22 1/2 Cent am 18. Dezember 1924 zurückgegangen, während in der gleichen Zeit der Preis in Rio de Janeiro auf 35,5 (36,5) Millreis sank, Santos Top 4 hat sich auf 37 (40) Millreis erniedrigt. Die Staaten Sao Paulo und Minas Gerais haben daher noch weitergehende Maßnahmen wie das Verbot des Raffeeexportes ergriffen, indem sie als monatliche Höchstausfuhrmenge aus Rio de Janeiro 10 000 Tsd. und aus Santos 14 000 Tsd. festgesetzt haben. Da aber die Kontrolle über den Versand den Eisenbahnen zufällt, welche natürlich befreit sind, möglichst große Mengen zu verladen, verlieren diese Schutzmaßnahmen befreilichermode an Durchschlagkraft. Daß der in den Vereinigten Staaten gegen die Raffeeexportation geföhrte Feldzug die Propaganda hier für geht von den Raffee-Erzeugern, Tee- und Kakaointeressenten und nicht ohne Wirkung geblieben ist, geht neben den erwähnten Preisrückgängen auch aus der Tatsache hervor, daß die brasilianischen Raffeeerzeugnisse in den ersten sechs Monaten des Jahres 1924/25 um etwa 6,45 Millionen Tsd. auf 10,85 Millionen Tsd. gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen sind. Die Schätzungen der Weltvorräte am 1. Januar betragen, wie von der Firma Morg & Co., Neusee, mitgeteilt wird, 5,08 Millionen Tsd. gegen 5,09 Millionen Tsd. am 1. Dezember 1924 und 5,27 Millionen Tsd. am 1. Januar 1923. Da die nach Abschluß der Anleihe anzudehnde Tendenz am Raffeeerzeugermarkt wieder eine Abkühlung Platz machen mußte und die Verwendung des Raffees im einzelnen noch nicht bekannt ist, so muß die weitere Entwicklung des Raffeeerzeugermarktes abgewartet werden.

• **Währungsfragen. Vereinigte Staaten.** Der Präsident hat den Zoll für aus Deutschland eingeföhrte Luxuswaren für Autoschrauben mit Wirkung vom 1. Januar in der Weise erhöht, daß der neben dem spezifischen Zoll von 3 Dollar pro Stück bisher bestehende Wertzoll in Höhe von 45 % um 27 1/2 %, gerechnet vom amerikanischen Verkaufspreis, erhöht wird. Nach einer neueren Entscheidung des General-Zollschätzungsausschusses sind Eisen mit 2 pro Mille Natrium-Bicarbonat mit 20 % ad valorem, Sprengstoffe in Gefäßform mit 60 % ad valorem zu verladen. — **Italien.** Mit Wirkung vom 8. Januar sind eine Anzahl von Änderungen im zolltarifischen Tarif in Kraft getreten, u. a. sind folgende Zölle erhöht worden: Schmelzwachs, Goldblech, Gold- und Silberblech auf 35 Lit (20 Lit) per Kilogramm, Maschinen, Apparate und Geräte, Eisen und Stahl auf 0,10 Lit (0,05 Lit) per Kilogramm, Maschinen und Apparate mit mehr als 25 % des Gesamtgewichts Kupfer, sowie Dynamo-Maschinen, Transformatoren und Teile auf 0,20 Lit (0,10 Lit) per Kilogramm, medizinische, optische Instrumente ufm. auf 2 Lit (1 Lit) per Kilogramm, Batterien für Taschenlampen und Radio-Apparate, Trockenelemente auf 3 Lit (neu), Baumwollgewebe, nach Gewicht gefaltet, auf 3 bis 5 Lit (2 bis 3 Lit). — **Großbritannien.** Für die Einföhr von Kupferblechen und anderen Hartmetallen mit Zusatz von organischen Verbindungen in Röhren von nicht mehr als 6 Pence Wert ist eine allgemeine Einföhrerlaubnis erteilt worden; die besonderen Einföhrerlaubnisse auf Grund des Handelsabkommens von 1920 fallen daher weg. — **Tschecho-Slowakei.** Die Einföhrzölle auf Weizen und Weizenmehl sollen, sofern nicht inwieweit Preisrückgänge stattfinden, Anfang Februar aufgehoben werden. — **Peru.** Für Bariumchlorid in Mengen von mehr als 500 Kilogramm ist ein neuer Zollsatz von 10 % des Wertes eingeföhrt worden. Für kleinere Sendungen bleibt es bei dem bisherigen Satz von 0,80 Sol per Kilogramm. — **Canada.** Die Konsumsteuergeböhr von 20 % und die Dokumentengeböhr von 5 %, die eingeföhrt werden sollten, sind infolge des Widerstandes zahlreicher Staaten fallen gelassen worden. — **Sudan.** Die frühere Mitteilung über Zollfreiheit alibohaltiger Parfümerien bezöht sich nach einer neueren Bekanntmachung der sudanesischen Zollverwaltung nur auf Waren, die aus Ägypten eingeföhrt werden und die in Ägypten verpackt sind. — **Schweizerische Union.** Die zollfreie Einföhr von Tee und Pfeffer ist nur gestattet für Tee mit höchstens 2 % Hum, mit höchstens 3 % mineralischen Ascherückständen. — **Traf.** Für Baumwollfabrikanen sind neue Zollschätzungen veröffentlicht worden.

• **Gesellschaftsaussichten in Sachsen.** Laut „Reichsanzeiger“ wurde die Gesellschaftsaussicht angeordnet über: Kaufmann Karl Röhner, Seibenerstraße 1 (A. O. Großschmied). — **Tamendachener Weize veredel. Fabrik** (K. O.). Inhaber der Firma Rosa Dahn, Leipzig, Dufourstraße 18. — **Wagenerwerke** (K. O.). Veredel. Weizen, Leipzig, Petrusstraße 22. — **Wagenerwerke** (K. O.). Veredel. Weizen, Leipzig, Petrusstraße 22. — **Wagenerwerke** (K. O.). Veredel. Weizen, Leipzig, Petrusstraße 22. — **Wagenerwerke** (K. O.). Veredel. Weizen, Leipzig, Petrusstraße 22.

• **Konkurrenz in Sachsen.** **Hagen:** Giesler Paul Otto Friedrich Wilhelm, Hagen, Anmeldebis 1. März. — **Chemnitz:** Konfektions- und Manufakturwarenhandel Kurt Gerhard Werner, Chemnitz, Wittinhaber der Firma G. & O. Werner, Chemnitz, Anmeldebis 1. März. — **Leipzig:** G. & O. Werner, Chemnitz, Anmeldebis 1. März. — **Leipzig:** G. & O. Werner, Chemnitz, Anmeldebis 1. März. — **Leipzig:** G. & O. Werner, Chemnitz, Anmeldebis 1. März.

• **Hüterische Konkurrenz.** **Herrn:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Hagen:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Hagen:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Hagen:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar.

• **Dresden:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Dresden:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Dresden:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Dresden:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar.

• **Leipzig:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Leipzig:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Leipzig:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar. — **Leipzig:** Kna, Werner, Inhaber Kaufmann Friedrich Jans, Herrmann, Rappelsdorf, Anmeldebis 18. Februar.

• **Schiffsnachrichten.** **Nächste Dampfer-Abfahrten des Norddeutschen Lloyd, Bremen.** Bremen — Neusee: D. Berlin 21. Januar; D. Preußen 27. Januar; D. München 10. Februar; D. Nord 17. Feb. D. Bremen 27. Februar. — Bremen — **Wladimir** — Baltische — **Neusee:** D. Garmisch 10. Feb. — **Bremen — Cuba:** D. Angora 10. Februar. — **Bremen — Brasilien:** D. Minden 30. Januar; D. Bremerhaven 2. März. — **Bremen — Valparaiso:** D. Sierra Nevada 30. Januar; D. Madrid 6. Februar; D. Sierra Nevada 30. Januar. — **Bremen — Dalmatien:** D. Trier 10. Januar; D. Idarwald 8. Februar; D. Trier 10. Februar; D. Saarland 12. Februar; D. Elm 10. Februar; D. Volpheim 19. Februar; D. Nahe 8. März.

• **Nächste Dampfer-Abfahrten des Ost-Asien-Linien.** **Südamerika:** D. Hindenburg am 28. Januar; D. General Velazquez am 26. Februar; D. Köln am 4. März; D. Köln am 21. März. — **Damburg — Cuba:** D. Oronoco, Nantux, Cienfuegos; D. Mexico am 25. Februar; D. Cuba am 26. März. — **Dalmatien:** D. Neusee, Port Salb und Colombo, nach Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe, Yokohama, Kienlin (Zafu Reederei), Singapur und anderen Häfen; D. Scheer am 30. Januar; D. Carl Legien am 26. Februar; D. Trier am 27. März.

• **Amerikanische Warenmärkte.** **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Aluminium wiren. 80/90 % 77, Kupfer, late loto 14,125. Kupfer Elektrolyt loto 14,25. Zinn loto April 14,6. Kupfer, casting rhenium loto 18,25. Zinn loto April 14,6. Kupfer, casting rhenium loto 18,25. Zinn loto April 14,6. Kupfer, casting rhenium loto 18,25. Zinn loto April 14,6. Kupfer, casting rhenium loto 18,25.

• **Getreide und Mehl.** **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Weizen (per Bushel gleich 77 1/2 Kilogramm): Winter-Sommer loto 102, harter Winter-Sommer loto 108. Mais loto (per Bushel gleich 70 1/2 Kilogramm): 90/25. Mehl Spring Wheat (clear) 750 bis 800 per 100 engl. Wb. Gerste malting loto 78. Roggen loto 118,5. **Chicago, 26. Januar.** (Schluß.) Weizen (per Bushel gleich 77 1/2 Kilogramm): Mai, neuer 174, Juli, neuer 150,25, September, neuer 148. Tendenz: stetig. Roggen (per Bushel gleich 70 1/2 Kilogramm): 90/25. Mai 104, Juli 108,5, Juli 107,25, September 104,5. Tendenz: stetig. Mais (per Bushel gleich 70 1/2 Kilogramm): 90/25. Mai 104, Juli 108,5, Juli 107,25, September 104,5. Tendenz: stetig. Weizen (per Bushel gleich 70 1/2 Kilogramm): 90/25. Mai 104, Juli 108,5, Juli 107,25, September 104,5. Tendenz: stetig.

• **Schweine und Rette.** **Chicago, 26. Januar.** (Schluß.) Schmalz: Januar 15,10, März 15,25, Mai 15,47, Juli 15,68. Speck: Januar 15,97, Mai 16,25, Juli 16,46. Speck (Rippen) loto 16,26. **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Schmalz prima Weizen loto 15,25. Lard (spezial) 8, extra 9,025. Weichte Schweine, niedrigster Preis 12,00, höchste Preis 18,40. Schwere Schweine, niedrigster Preis 11,90, höchste Preis 12,40. Zufuhr Weizen 13 700.

• **Raffee.** **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Rio Raffee Nr. 7 loto 18, 18,21, Mai 18,15, Juni 17,86 bis 17,88, September 17,80 gebandelt, Dezember 17,06 bis 17,08. Santos R. 4 loto 24,5. Santos R. Raffeebestand 1 287 000, Raffeezuföhr 30 000. — **Rio de Janeiro:** Raffeebestand 330 000, Raffeezuföhr 12 000.

• **Raffee.** **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Raffee: Januar 26, 28,3, 29,5 bis 24,8, Mai 26, Juni 26,7, September 27,7, Dezember 28,3. — **Weizen:** 24,8 bis 24,8 (Jana); Prompt 28,8. Tendenz: leicht. **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Baumwolle: März 20,12 bis 20,13, Mai 19,56 bis 19,57, Juli 18,96 bis 18,97, Oktober 18,15 bis 18,16, Dezember 17,06 bis 17,06 (geschätzt). Tendenz: leicht. Zuföhr in Golf- und atlantischen Oden 40 000. **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Vello Neusee 20,90, März 20,25 bis 20,27, Mai 19,40 bis 19,40, Juli 18,87 bis 18,88, August 18,47, September 18,29, Oktober 18,09 bis 18,11, Dezember 17,85. Tendenz: kaum behauptet. Zuföhr in Golfhäfen 92 118, in atlantischen Oden 4 889. Export nach England 18 701, nach dem Kontinent 19 270. **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Baumwolle: (Anfang.) März 19,84, Mai 19,85, Juli 18,57, Oktober 17,06, Dezember 17,57. Tendenz: stetig. **Neusee, 26. Januar.** (Schluß.) Vello New Orleans 20, März 19,50 bis 19,51, Mai 18,90 bis 18,91, Juli 18,41, Oktober 17,50 bis 17,51, Dezember 17,50. Tendenz: leicht.

Familiennachrichten

Heinz Ein gesunder Junge ist angekommen!

Dies zeigen hocherfreut an Fabrikbesitzer Curt Bergmann und Frau Trude geb. Zschetzsche.

Radebeul, Leipziger Straße 5. Privatklinik Dr. Volgt, Dresden-N., Carolinenstraße 1.

Statt besonderer Anzeige. Sonntag den 24. Januar abends 11 Uhr erlöste Gott unseren geliebten Mann und Bruder

Oberst Georg Lippe

Ritter hoher Orden im 68. Lebensjahre durch einen sanften Tod von schweren Leiden.

In tiefer Trauer Elisabeth Lippe geb. Bartsch als Gattin Elisabeth Lippe als Schwester

Die Einäscherung findet Freitag d. 29. Januar 1,3 Uhr im Krematorium Dresden-Tolkewitz statt.

100 Festm. pa. Kiefernholz,

16 bis 30 cm Stärke, sind zu verkaufen. Abfuhr sehr günstig 30 Min. zur nächsten Bahnst. Verladen kann übernommen werden. Kapialkräftige Interessenten werden gebeten, ihre Adr. u. A. P. 690 an die Expedition dieses Blattes abzugeben.

Herrenzimmer, Speisezimmer Schlafzimmer einzelne Schreibtische

Erstklassige Arbeit! Außerst herabgesetzte Preise! Erleichterte Zahlung! Möbelfabrik von E. Herrmann & Söhne Dresden-A., Bankstraße 7.

Götte „Sanuffas“

mit heilkräftigen Aromen fassen Sulfonol! Nur bei Hering zu haben.

11/45 Orig. Cleveland,

6 Zylinder, neu, Vierabstrome, Einbruchsleistung, 50 km/h, 100 km/h, 120 km/h, 140 km/h, 160 km/h, 180 km/h, 200 km/h, 220 km/h, 240 km/h, 260 km/h, 280 km/h, 300 km/h, 320 km/h, 340 km/h, 360 km/h, 380 km/h, 400 km/h, 420 km/h, 440 km/h, 460 km/h, 480 km/h, 500 km/h, 520 km/h, 540 km/h, 560 km/h, 580 km/h, 600 km/h, 620 km/h, 640 km/h, 660 km/h, 680 km/h, 700 km/h, 720 km/h, 740 km/h, 760 km/h, 780 km/h, 800 km/h, 820 km/h, 840 km/h, 860 km/h, 880 km/h, 900 km/h, 920 km/h, 940 km/h, 960 km/h, 980 km/h, 1000 km/h.

Mercedes - Kompressorwagen,

24 100/140 PS, 100 km/h, 120 km/h, 140 km/h, 160 km/h, 180 km/h, 200 km/h, 220 km/h, 240 km/h, 260 km/h, 280 km/h, 300 km/h, 320 km/h, 340 km/h, 360 km/h, 380 km/h, 400 km/h, 420 km/h, 440 km/h, 460 km/h, 480 km/h, 500 km/h, 520 km/h, 540 km/h, 560 km/h, 580 km/h, 600 km/h, 620 km/h, 640 km/h, 660 km/h, 680 km/h, 700 km/h, 720 km/h, 740 km/h, 760 km/h, 780 km/h, 800 km/h, 820 km/h, 840 km/h, 860 km/h, 880 km/h, 900 km/h, 920 km/h, 940 km/h, 960 km/h, 980 km/h, 1000 km/h.

5 to Last-Auto,

auf erhalten, mit Preisangabe, zu kaufen gesucht. E. Steizer, Meissen, Dresden Straße 24.

Ego Innensteuer-Limousine,

abnehmbar, ab 4-800, mit Licht u. Anlasser, Softboard, in allerbestem Zust., fastbillig zu verkaufen. Ew. Steizer, Meissen, Dresden Straße 24. Tel. 838.

Es ist bekannt von alters her: „Sanuffa“ hilft bei Husten sehr! Nur bei Hering zu haben.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss verschied plötzlich und unerwartet unsere herzengute Mutter

Frau Anna verw. Lütge geb. Uhlig.

In tiefstem Schmerze im Namen sämtlicher Leidtragenden Frau Anna Figelius geb. Lütge. Dresden, Borsbergstraße 34, I, den 25. Januar 1926.

Beisetzung erfolgt Donnerstag, den 28. Januar, nachm. 2 Uhr, auf dem äußeren evangel. Friedrichstädter Friedhof, Bremer Straße. Beileidstiche dankend abgelehnt.

Dank.

Tiefbewegt von der großen Fülle wohlthuender Beweise liebevoller Anteilnahme durch Wort, Schrift, Gesang herrlichen Blumenschmuck und Begleitung auf dem Gange zur letzten Ruhestätte beim Heimgange meiner unvergesslichen, lieben Gattin

Anna Egermann geb. Stephan

sage ich allen lieben Verwandten Freunden und Bekannten, sowie dem Frauenverein zu Kais. herzlichsten Dank. Dank auch Herrn Pastor Fischer für die trostreichen Worte am Grabe.

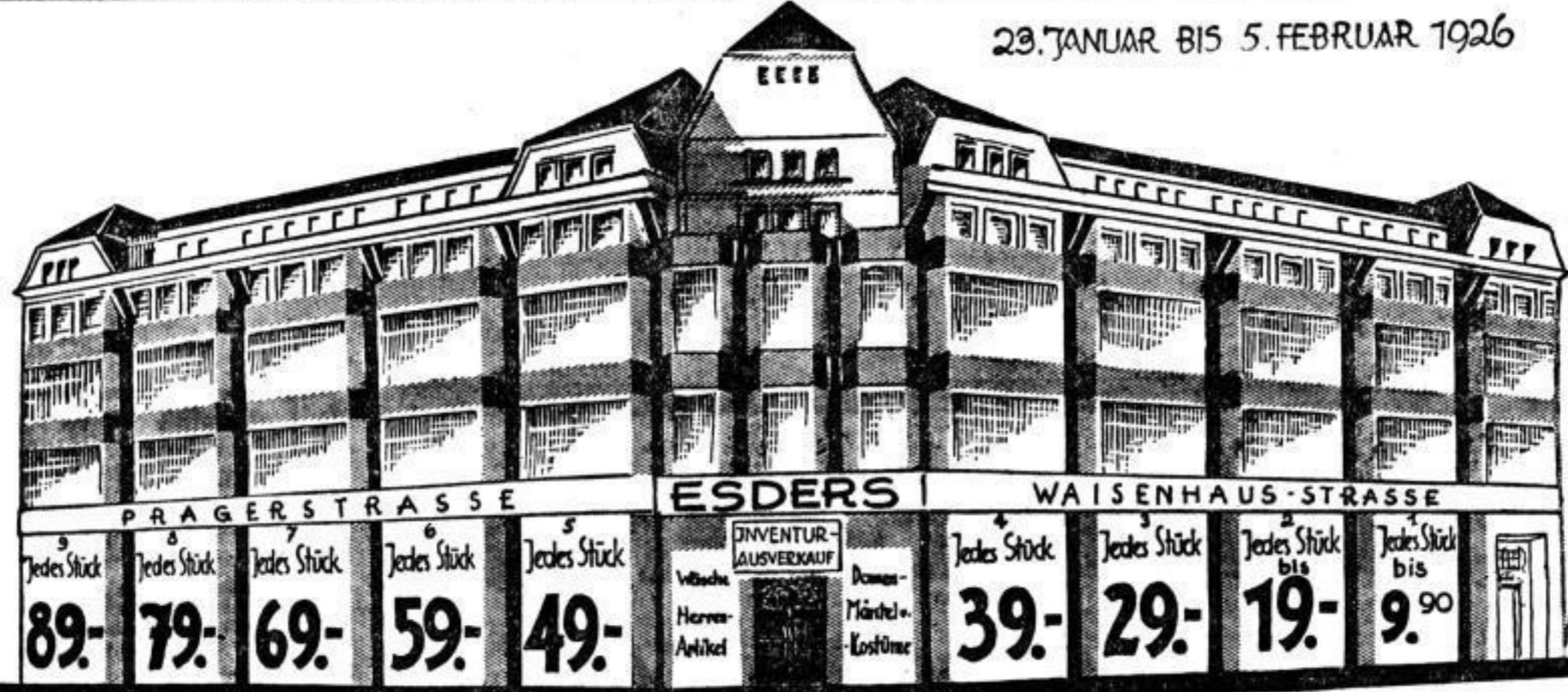
Nöthlig, den 26. Januar 1926. Hermann Egermann zugleich namens der übrigen Hinterbliebenen.

Schöne Familiennachrichten. Geboren: Andreas Jordan, Dr. Fischer, L.; Kurt Schubert, Virna-Capit, S.; Reichsadmiral Ernst Reich, Meissen, L. Verlobt: Johanna Kusche u. Franz Wöde, Deibemau/Dresden. Vermählt: Alfred Kautsch mit Rosa verw. Herrmann geb. Dummling, Dresden; Rudolf Feustel mit Margarete Gräber, Vertheisborf; Max Kühnel mit Kl. Kunze, Hofmann/Freiberg. Verstorben: Hellmuth Ruoff, Karl Friedr. Ed. Marquart, Martha Wibrich, Auguste verw. Bierdel, Robert Krensch, Anna verw. Walsch, Wilhelm Schuder, Heinrich Hölzer, Maria Frieda Wagner, sämtlich in Dresden; Friedrich Hermann Wolf, Dr. Vöbtau; Ernst Kühn, Dr. Goshö; Alfred Etzinger und Irma Börner, Bautzen; Anna Böhmer, Klause; Minna Menzel, Kommatzsch; Ernestine verw. Arnold, Freiberg; Wella Gertrud Heinrich, Hallesbad; Otto Heindardt, Semmelberg; Gille Eiß, Clemens Ostasch Philipp, Emil Röhr, Frieda Gelleri und Minna Deutsch, Meissen.

Unsere neuen modernen Damenhüte. 5,75, 7,75, 12,75, 8,75, 4,75. Gebh. Kohl & Co Freiburger Platz No 22-24.

Geschmackvolle Familiendrucksaachen. Lieferen schnellstens Buch- und Kunstdruckerei LIEPSCH & REICHARDT Marienstraße 38/42 Dresden-A. Fernsprecher 25241

23. JANUAR BIS 5. FEBRUAR 1926



Jedes Stück 89.-, 79.-, 69.-, 59.-, 49.-, 39.-, 29.-, 19.-, 9.90

INVENTUR-AUSVERKAUF

9 FENSTERN UND 9 PREISLAGEN!

Sonderangebot meiner Maßabteilg. - Unerhörte Preisherabsetzung. - 15% Rabatt auf alle nicht zurückgesetzt. fertig. Waren

ES DERS

Prager Straße

Waisenhaus- Straße

Größtes Spezialhaus für Herren-, Knaben-, und Kinder-Bekleidung.

